

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengepaaltene Feilzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Montag, den 31. Oktober 1921.

23. Jahrgang.

Die Landtagswahlen in Baden.

M. Karlsruhe, 31. Oktober.

Von den bei den Landtagswahlen in Baden abgegebenen Stimmen erhielten:

Sozialdemokraten	204 591	Stimmen
Zentrum	341 656	„
Kommunisten	76 161	„
Laubbund	77 430	„
Unabhängige	27 107	„
Deutschnationale	76 013	„
Wirtschaftliche Vereinigung	11 427	„
Volkspartei	54 303	„

Die bisherige Regierungskoalition, die aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestand, ist gescheitert.

Zu den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Berlin, 31. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien sind 4 Kommissionen vorgesehen:

1. Eine Kommission zur Leitung der Wirtschaftsverhandlungen und zur Regelung der Minderheitsfrage unter Leitung des Reichsjustizministers a. D. Dr. Schiffer und des Staatssekretärs a. D. Lemah.
2. Die gemischte Kommission, zusammengesetzt aus zwei Deutschen und zwei Polen unter Leitung eines Neutralen. Von deutscher Seite sind hierfür der Bergrat Bünzel und der Oberbürgermeister von Bentzen, Dr. Stephan in Aussicht genommen.
3. Eine Schiedsgerichtskommission.
4. Die Grenzfestsetzungskommission, der von deutscher Seite v. Treutler und der Graf Bodewils angehören werden.

Von zuständiger Stelle wird uns u. a. folgendes mitgeteilt: (Siehe Meldung auf Seite 1.)

Die mit den Reichs- und Staatsbehörden im Auswärtigen Amt stattgefundenen Besprechungen hatten den Zweck, die Kommissionen für das Wirtschaftsabkommen verhandlungsbereit zu machen. Die Sitzung fand statt unter dem Vorsitz des deutschen Bevollmächtigten Reichsminister a. D. Schiffer.

Eine Reihe von Unterkommissionen steht mit den beiden Bevollmächtigten der Reichsregierung Reichsminister a. D. Schiffer und dessen Stellvertreter Staatssekretär Lemah in unmittelbarer Verbindung. Die Unterkommissionen werden gemäß den Hauptverhandlungsgegenständen gebildet werden. Ihre Zahl steht noch nicht endgültig fest. Soweit bisher bekannt ist, wird an der Spitze der Kommission für das Eisenbahnwesen voraussichtlich Geheimrat Regierungsrat Scholz stehen. Für die Fragen der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft wird Oberbergamt Vante-Hindenburg genannt. Die Unterkommission für das Geldwesen, sowie auch für Finanz- und Zollfragen wird der Präsident des Landesfinanzamtes Oppeln Ueberbacher führen. Vom Reichsarbeitsministerium wird wahrscheinlich Ministerialrat Dr. Wähler an den Verhandlungen teilnehmen. Es wird besonderer Wert darauf gelegt, daß die Arbeitnehmerinteressen, die in allen Kommissionen eine große Rolle spielen werden, durch Vertreter der Arbeiterschaft wahrgenommen werden. Ebenso wird dafür Sorge getragen werden, daß neben den allgemeinen Interessen des Reiches die besonderen ober-schlesischen Interessen durch Sachverständige und sonstige Vertreter voll zur Geltung kommen. Zu den besonderen Mitarbeitern der beiden Bevollmächtigten wird u. a. Pfarrer Wiegler gehören.

Was Frankreich von Washington erwartet.

M. Paris, 30. Oktober.

Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit der Abreise Briands, der gestern abend um 7,20 Uhr über Le Havre nach Amerika abreiste und mit der Washingtoner Konferenz und der Stellungnahme, die die französische Delegation dort einnehmen wird. Der „Gaulois“ schreibt: Die unvorsichtigen Neußerungen des Reichskanzler Dr. Wirth lassen Briand ausgezeichnete Argumente, auf die er sich bei den Besprechungen in Washington stützen kann. Wenn wir von der Reise nach Amerika erfolgreich zurückkehren, dann werden wir von Deutschland und seinen Mandatären nichts mehr zu befürchten haben.

In der „Francaise Militaire“ schreibt General Malleterre: Es liege außer Zweifel, daß Marschall Foch von der Washingtoner Konferenz über die Frage der Abrüstung vernommen werden wird.

Gustave Herve hält es in der „Victoire“ für vorteilhaft, wenn Frankreich an Stelle einer Defensivallianz mit Amerika in Washington dafür einträte, daß Amerika seinen Platz im Völkerbund einnehme.

Das sozialistische „Journal de Peuple“ erklärt: Briand werde in Washington in erster Linie versuchen, Amerika, England und die übrigen Staaten als Garantien für die Regelung der Entschädigungs- und Reparationsfrage durch Deutschland zu gewinnen. Die Zeitung fragt, wie weit die Amerikaner auf diesen Vorschlag eingehen werden.

Der Fall Sacco-Vanzetti.

Am 11. November sollen in Braintree bei Boston (Massachusetts, Vereinigte Staaten) die beiden italienischen Arbeiter Sacco und Vanzetti durch Elektrizität hingerichtet werden. Sacco und Vanzetti sind für den Syndikalismus sehr eingenommen, wodurch sie sich bei den Fabrikanten von Braintree verhasst machten. Am 15. April 1920 wurde das Fuhrwerk einer Schuhfabrik in Braintree von zwei Männern angehalten, die den Kutscher und seinen Kaffierer töteten und 18 000 Dollar raubten. Die Polizei fand die Räuber nicht. In Ermangelung der wirklichen Mörder beschuldigte sie nun die beiden italienischen Syndikalisten des Raubmordes und zog sie in Untersuchung. Obwohl beide durch Zeugen beweisen konnten, daß sie zur Zeit der Mordtat einige Kilometer davon entfernt in Plymouth weilten, wurden sie von den Geschworenen schuldig erklärt und der Richter befehlte, sie zum Tode durch Elektrizität zu verurteilen. Die Verurteilten beteuern ihre Unschuld in einer Weise, wie nur Unschuldige dies tun können, trotzdem laßt auf ihnen das Todesurteil. Durch Zeugen haben sie ein Alibi nachgewiesen, aber die Polizei hatte zwei junge Mädchen ausspioniert, die durch das Fenster im zweiten oder gar dritten Stock gesehen haben wollen, daß die beiden Italiener in einem Automobil eilig davonfahren. In der Untersuchung waren die beiden Mädchen ihrer Sache weniger sicher, aber ein Jahr später erinnerten sie sich genau an alle Details.

Ob die Rumbegungen in Frankreich, Italien, England und Amerika das Unheil von den beiden Opfern abwenden werden, ist zweifelhaft, denn im Dollarlände spielt ein Arbeiterleben eine geringe Rolle. Amerika ist das freieste Land des Geldes.

Vorstellungen der großen und der kleinen Entente in Budapest.

Budapest, 30. Oktober.

Die Vertreter der kleinen Entente unternahmen gestern eine Demarche bei der ungarischen Regierung und verlangten in nachdrücklicher Weise die sofortige Einleitung der zur Enthronung des Hauses Habsburg erforderlichen Schritte. Sie erklärten, daß die Nichterfüllung dieser Forderung Maßnahmen nach sich ziehen werde, welche in erster Linie Ungarn zum Schaden gereichen würden. Auch die Vertreter der großen Entente erschienen bei der ungarischen Regierung und verlangten, daß die ungarische Regierung die Person des Erzherzogs Karl dem Kommandanten der englischen Flottille übergeben solle, der sich heute in Budapest aufhält und den Befehl erhalten hat, im Namen der alliierten Regierungen für den Schutz des Königs zu sorgen, bis die Großmächte über den endgültigen Aufenthalt Karls eine Entscheidung getroffen haben. Gleichzeitig verlangen die Großmächte, daß der Thronverlust des Königs Karl unverzüglich proklamiert werde.

Gärungen in Petersburg.

D. G. Terijoki, 29. Oktober.

Im Zusammenhange mit der neuerdings eingeführten Entgeltlichkeit aller staatlichen Leistungen verstärkte sich in der letzten Zeit in Petersburg die regierungsfeindliche Agitation, da die Regierung mit den Lohnzahlungen an die Arbeiter und Angestellten stark im Rückstande ist. Dies fällt um so schwerer ins Gewicht, als die Naturalleistungen durch Geldlöhne abgelöst sind und ein Lohnminimum von einer halben Million Rubel monatlich festgesetzt worden ist. Die Petersburger „Pravda“ mahnt die Unzufriedenen zur Geduld und weist darauf hin, daß die Staatsdruckerei nicht mehr als 9000 Milliarden Rubel im Jahre liefern könne, während der Bedarf das Dreifache beträgt. Die Regierung habe zurzeit keine genügenden Geldquellen, trotzdem müßten die Arbeiter an dem Glauben festhalten, daß die Zahlungen doch erfolgen würden. Das Blatt schlägt keine Ausführungen mit der Aufforderung die Feinde der Sowjetregierung und die Heter zu verjagen.

Im Petersburger Hafen ist der Kriegszustand erklärt worden, alle Versammlungen sind verboten. Es sind große Veruntreuungen aufgedeckt worden. Die Schuldigen werden erschossen.

Die Petersburger „Pravda“ meldet, daß die staatlichen Heilmittelfabrikationen von nun ab nur gegen Zahlung geleistet werden sollen. Ein Kubikfaden (= 9,7 Kubikmeter) Holz kostet eine Million Rubel.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 31. Oktober.

Unter der Überschrift „Der Mann der Zita“ veröffentlicht die gesamte deutschmonarchische Presse in Gebetform einen merkwürdigen Artikel aus der Feder des bekannten Monarchisten Mumm.

Um Verwechslungen vorzubeugen, wollen wir feststellen, daß dieser Mumm nicht etwa der bekannte Seff, sondern der noch bekanntere Traktätchen-Fabrikant ist; Pastor im Nebenamt. Trotz der Verschiedenheit ihrer Beschäftigung haben beide ein Gemeinsames: den Hang zum Volksbetrug.

Traktätchenmumm also läßt einen bitterbösen Stoßseufzer los gegen den allzuühnen Karl von Habsburg; gegen den hübschen Monarchen der Zita. Ist es doch zu schmerzhaft, daß ein richtiger Gottesgnadenmann, ein wahrhaftiger Fürst solche Jungentreiche begeht. Ja, hätte man Erfolg gehabt, so hätten Mumm und Genossen demütig in die Knie, um mit verdrehten Augen und breitem Maul dem Herrn der Heerscharen zu danken für seinen unergründlichen Ratsschluf, immer wieder die „Geborenen“ auf die Throne fallen zu lassen. So aber — bin ich der Hüter meines Bruders?

Im Gegenteil, er ist gar nicht mehr mein Bruder, so verflucht Mumm; denn „wehe denen, die mit putschistischen Plänen dem monarchischen Gedanken Wunden schlagen wollten, wie es König Karl und seine Gemahlin mit ihrer Hauspolitik tun, geleitet von ein paar ehrgeizigen Ratgebern, die in der Stunde der Gefahr sie feige verlassen.“ (Das scheint das Schicksal aller Monarchen zu sein; fanden sich doch unter den 500 Offizieren des wilhelminischen Hauptquartiers keine drei, die bereit waren, ihren Obersten Kriegsherrn im November 1918 zu verteidigen!).

Was will denn eigentlich Mumm mit der ganzen Geschichte? Was frägst du noch? Das Traktätchen braucht eine Moral. Halte dich fest, wer du auch feist und lese selbende monarchische Offenbarung: „Wie anders handeln unsere Hohenzollern! Sie tragen, was über sie gekommen ist und schweigen — schweigen und warten, bis die Stunde schlägt, da euj dem in der Verfassung gegebenen Wege sie wieder zurückkehren werden.“

Das Warten kann ihnen niemand verwehren. (Nur mit Warte geld verschone man uns.) Nach einigen Jahrhunderten können die Mumm-Gebete als Märchen vertrieben werden, mit dem erschütternden Nachsatz: Und wenn sie nicht gestorben sind, so warten sie heute noch. Wirkens scheint es uns, daß die Hohenzollern das Schweigen etwas spät gelernt haben; wäre ihnen vor 20 Jahren schon der holländische Maulkorb angelegt worden, so hätten wir den alten Frieden und den alten Wohlstand heute noch.

Jedoch hat nicht nur Karl seine Zita. Vielleicht ist aus dem dritten Band der Bismarck-Erinnerungen den Herren Monarchisten im Gedächtnis geblieben, was Wilhelm I. unter seiner Zita, genannt Augusta, zu leiden hatte. Nach 1870 mußte bekanntlich die Demobilisierung des gesamten Gardebataillons um einen Monat verschoben werden, weil die Frau des Kaisers ihren Badaufenthalt in Baden-Baden nicht abbrechen, aber auch auf die Teilnahme an dem Einzuge der „siegreichen“ Truppen in Berlin nicht verzichten wollte. Diese Hohenzollernzita hat ihren Willen durchgesetzt nicht nur gegen ihren schwachen Wilhelm, dem sie und der Leibarzt mit einem Schlaganfall drohten, sondern gar gegen den starken Bismarck.

Trotzdem, die Monarchie soll leben! Wer tate sonst königlichen Damen ihren Willen? Wer beugte sonst seinen Nacken unter den Befehl kaiserlicher Zitafrauen?

Ein lübbedisches Intelligenzblatt gab sich dieser Tage große Mühe, seinen Lesern Sinn und Inhalt des Wortes Proletariat zu erklären. Allerdings beschränkte es diese seine Mühe darauf, ein Konversationslexikon aufzuschlagen, und dort folgende Sätze abzuschreiben: Das Wort (Proletarier) bedeutete ursprünglich (in Rom): „zu der nicht den niedrigsten Vermögenssah für die Steuer erreichende Einwohnerzahl gehörend.“ Jetzt bedeutet „Proletarier“, „Ein auf Lohnarbeit angewiesener Teil der bürgerlichen Gesellschaft.“

Das ist alles, was ein Blatt, das täglich die Sozialdemokraten samt und sonders totschlägen möchte, von der marxistischen Bedeutung des Wortes Proletariat weiß. Aber was schadet das? Muß man denn den Sozialismus kennen, um ihn zu bekämpfen? Eine alte Kasernenregel heißt: Je dümmer, desto besser.

Mitleid mit den Notleidenden, auch im Geiste, ist eine sozialdemokratische Haupttugend. Sie bewegt uns dazu, dem Blatt eine leichte Aufklärung zu geben über die Beweggründe, die einst Marx bestimmt haben, das Wort Proletariat in den sozialistischen Sprachschatz einzuführen:

Im alten Rom waren die eigentlichen Träger der Arbeit die Sklaven; sie waren durch das Gesetz an ihren Herrn gebunden. Daneben gab es noch eine andere arbeit-

tende Bevölkerungsschicht, die sogenannten Proleten. Diese waren zwar rechtlich frei; da ihnen aber jeder Land- und jeder Produktionsmittelbesitz fehlten, so waren sie gezwungen, ihre eigene Arbeitskraft zu verkaufen. Waren sie verbraucht, so legten sie sich in eine Ecke wie ein Hund, um langsam abzusiechen. Als Sklave wäre ihnen viel wohlher gewesen, da sie dann Anspruch auf Gnadenbrot gehabt hätten. Aber ein römischer Bürger konnte nicht unfrei werden.

Sie waren also nicht Sklaven, sondern freie Bürger. Doch ihre ökonomische Lage aber waren sie schlimmer daran und mehr gebunden als ein Sklave. Auf den Arbeiter des Kapitalismus trifft dasselbe zu, er ist frei, aber seine ökonomische Lage verflucht ihn mehr und schlimmer als alle Gesetze der Welt. Diese sozialökonomische Übereinstimmung hat Marx bewogen, dem modernen Arbeiter den Namen Proletariat zu geben.

Alle Menschen, die auf diese Weise an das Kapital verflucht sind, gehören zum Proletariat; auch wenn sie Gift und Galle gegen alles Sozialdemokratische spucken. Und das ganze Proletariat bildet eine Klasse; es steht mitten drin im Klassenkampf. Diese Tatsache schafft auch der nicht aus der Welt, der seine Augen mit einem monarchistischen Felsen verblendeckt. Die erste Lohnforderung an seinen Arbeitgeber wird ihm diesen Felsen herunterreißen.

Wir wissen, daß viele Arbeitnehmer noch zu vornehm sind, um sich als Proletariat zu fühlen. Sie denken noch zu gern an die schönen alten Tage mit ihrem Flitter und ihrem Tand für ganze Gesellschaftsschichten. Glaubt jemand, daß das Träumen von vergangenen Zeiten in der Welt jemals etwas genützt hat? Der Gang der Geschichte wird und muß alle Proletariat zusammenführen. Umboß ist Umboß; er kann nie des Hammers Freund sein.

Damit wäre unsere Erklärung erschöpft. Ob sie Anklang finden wird auf der Gegenseite, das wissen wir nicht. Jedenfalls ist sie besser und richtiger als die blödsinnigen Schlagwörter aus dem Brockhaus. Wir möchten deshalb die sicher nicht unbedeutende Bitte aussprechen, das nun aufgeklärte Blatt möge als Anerkennung eine milde Gabe der Kinderpende überweisen.

Los vom Staate?

Berlin, 31. Oktober.

Die Erörterungen über die Privatisierung der Eisenbahnen sind noch nicht verklungen und schon hört man wieder von einem neuen Projekt, das wesentliche und zukunftsreiche Teile der staatlichen Betriebe dem Privatkapitalismus ausliefern will. Genosse Otto Hue richtet im „Vorwärts“ eine Reihe detaillierter Anfragen an die Reichs- und Staatsregierung, aus denen hervorgeht, daß die Duisburger-Ruhrorter Hafenanlagen, ein staatlicher und städtischer Besitz, einer weitüberwiegend unter montanindustriellem Einfluß stehenden Privatgesellschaft übertragen werden sollen und, daß das Projekt unter dem Mantel der Vertraulichkeit bis zur vollen Reife geliehen ist. Der Entwurf eines Gesellschaftsvertrages liegt bereits seit August vor. Er bezweckt nichts anderes, als den Schlüssel für die deutsche Binnenwasserfahrt, und wenn der Rhein-Donau-Kanal ausgebaut wird, für die gesamten mitteleuropäischen Wasserstraßen zunächst auf 10 Jahre an ein privatkapitalistisches Verkehrsmonopol auszuliefern.

Diese Versuche stehen nicht allein da. Seit der Revolution ist die Forderung, die Wirtschaft von der Politik zu trennen, nicht verstummt. Handelt es sich aber bei den sozialistisch orientierten dabei darum, die Wirtschaftsverwaltung aus dem Parteienstreit herauszulösen, so nahmen diese Pläne in den Augen der Industriellen mehr und mehr die Form an, die Staatswirtschaft überhaupt zu sprengen und ganz und gar den Privaten zu überlassen. Es sei hier u. a. an den interessanten Verlauf der Debatten über die Kohlensozialisierung verwiesen, wo am Anfang sich jeder klar darüber war, daß die Kohlenwirtschaft in den Dienst der Allgemeinheit gestellt und dem privaten Einfluß entzogen werden müsse, bis ganz plötzlich Herr Stinnes im Reichswirtschaftsrat den Vorschlag machte, sogenannte Kohlen-Provinzen zu gründen und die Regelung der Wirtschaft den beteiligten Erzeugern und Verbrauchern zu überlassen. Die Pläne von Stinnes haben damals starken Eindruck gemacht. Inzwischen ist die Frage der Kohlensozialisierung unter dem Druck der finanziellen Verpflichtungen des Reiches in den Hintergrund getreten. Da aber regten sich Kräfte, um auf andere Weise den Einfluß der Privaten auf die Produktionsbetriebe des Staates zu stärken. Im Reichswirtschaftsrat wurde dieser Tage ein Antrag zu Fall gebracht, der die Steuerbefreiung staatlicher und gemeinwirtschaftlicher Betriebe einschränken sollte. Der Zweck des Antrages war unzweifelhaft der, durch eine starke steuerliche Belastung der Staat und den Gemeinden die Lust an der Eigenproduktion zu verleiden. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt, daß ihm diese Tendenz genommen wurde. Immerhin bleibt die Tatsache bestehen, daß man hier einen entscheidenden Stoß gegen die Kommunalisierung zu führen versucht hat. Später kamen dann die Vorstöße der Industrie, die auf eine Privatisierung der Staatseisenbahnen abzielten.

Man müßte mit Blindheit geschlagen sein, wenn man den Zusammenhang all dieser Bestrebungen nicht merkt. Sind das die Mittel, die bei dieser Arbeit angewandt werden, ist genug reichlich plump, um die Absicht zu verkennen. Die Privatindustrie, der Handel schreien jedesmal Zeter und Mordio wenn eine Tarifherabsetzung der Eisenbahnen notwendig wird und fragen dabei nicht danach, ob diese Erhöhung nicht noch weit hinter dem tatsächlichen Stand der allgemeinen Lebenshaltung zurückbleibt. Sie sind kampfbereit bemüht, das zum größten Teil aus den Kriegsjahren entfallende Defizit der Eisenbahnen zu verzwängen, um dann wieder über die Unmöglichkeit des Reiches jauchern zu können. Schlimm ist es auf allen anderen Gebieten auch. Welchen Kontinuitätskampf haben nicht die „Deutschen Werke“ zu überleben gehabt, wie wurden ihre Gründer angeheulert, bis sich die Angestellte ganz deutlich als ein Interessesektors herausstellten, in dem der Angreifer persönlich befangen war. Erinnert man sich daran, mit welcher unfaßlichen Mitteln oft der Kampf gegen die staatliche Bewirtschaftung geführt wird, so wird es vollends klar, daß die jetzigen Bestrebungen eben die Abschaffung des Staates als Eigenwirtschaftler für die Allgemeinheit zum Ziele haben.

Es gilt jetzt mehr als je, diese Treiberreien im Auge zu behalten. Das in Sozialdemokratische Parteiprogramm enthaltene folgende:

„Die Sozialdemokratie kämpft um die Herrschaft des im freien Volkswirtschaft organisierten Volkswillens über die Wirtschaft und die Erneuerung der Gesellschaft im Geiste sozialistischer Gewerkschaften.“ Es verlangt weiter den fortgeschrittenen Ausbau der

Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung, unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Diesen klar ausgesprochenen Forderungen gegenüber steht das jetzt anwachsende Streben der Privatindustrie, deren Macht durch die Umschichtung der Vermögen während der Geldentwertung und durch die steigende Finanznot des Reiches ganz besonders gestiegt ist. Sie greift, nachdem sie bisher nur in Abwehrstellung gestanden hat, ihrerseits an, und will die wenigen Goldwerte über die das Reich selbst verfügt zu dem unter heutigen Verhältnissen gegebenen Ramschpreis in ihre Gewalt zu bringen. Dem muß sich die Sozialdemokratie mit allen Mitteln entgegenstellen. Sie wird im Parlament und Regierung, ebenso wie in den Gemeinden und in den Grenzverwaltungskörpern wachsam sein müssen, um die Vorstöße der Privatkapitalisten gegen die Gemeinwirtschaft abzuwehren, sie wird aber noch mehr als bisher auch darauf dringen müssen, daß die gemeinwirtschaftlich geführten Betriebe zu höchster Wirtschaftlichkeit ausgebaut werden. Es darf nicht mehr gebudelt werden, daß Aufträge, die in Staatswerkstätten hergestellt werden können, an die Privatindustrie vergeben werden, während die Staatswerke die von der Konjunktur meist längst nicht so profitieren wie die Privatindustrie, stillliegen oder unterbeschäftigt sind. Es muß auf die Entbürokratisierung der Wirtschaftsverwaltungen von Post und Eisenbahn bis zum letzten kleinsten kommunalen Gaswerk gedrungen werden, selbst dann, wenn aus sozialen Rücksichten eine größere Weitherrigkeit verlangt wird. Man sieht ja, wie die Privatindustrie diese soziale Rücksichtnahme zum Vorwand ihrer eigenen Interessen macht. Es wird allgemein eine erhöhte Gewissenhaftigkeit gegenüber den Eigenbetrieben notwendig sein, die vor dem eigenen Interesse der Arbeiter nicht Haltmachen darf. Gelingt das, und gelingt es, auf diesem Wege die gemeinwirtschaftlichen Betriebe auszubauen und zu reformieren, gelingt es vor allem auch, durch zweckmäßige Zusammenschluß gleichgearteter oder sich ergänzender Betriebe die Produktion zu steigern, so werden damit von selbst dem Privatkapital die Waffen aus der Hand geschlagen, die es jetzt gegen die Gemeinwirtschaft führt.

Marin Gorki schwer erkrankt.

Paris, 31. Oktober.

„New York Herald“ meldet aus Helsingfors, daß wenig Hoffnung besteht, Marin Gorki, der an Blinddarmentzündung darnieder liegt, zu retten. Sein Zustand ist äußerst ernst.

Hestige Kämpfe in Marokko.

Madrid, 31. Oktober.

In der Kammer erteilte der Kriegsminister mit, daß die ausländischen Truppen in Marokko mehrere spanische Lager konzentrisch eingeschlossen haben. Herillos werde belagert, panische Hilfe sei bereits unterwegs. Bei Gomana sind heftige Kämpfe im Gange. General Berringer hat mitgeteilt, daß die spanischen Verluste in den letzten Kämpfen in Marokko groß sind.

Rahrs-Nachfolger.

Als das Kabinett Rahr zusammenbrach und der Ministerpräsident mit den ebenso reaktionären Justizministern sich ins Privatleben zurückzog, da stieg bei allen Demokraten die Hoffnung, daß nun auch wenigstens ein geringer demokratischer Aufbruch Bayern berühren werde. Groß waren die Hoffnungen nicht, die an die Ministerpräsidentenschaft des Grafen Lerchenfeld geknüpft wurden, aber immerhin: man hoffte. Jetzt hat sich der frühere Ministerpräsident auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei ganz in seiner Größe gezeigt und aller Welt versichert, daß er in all und jedem der Nachfolger des Herrn v. Rahr ist. Nicht nur den Titel hat er von ihm übernommen, sondern die Politik. Klipp und klar hat er erklärt, daß seine Regierung in den gleichen Zeichen der Politik der Regierung Rahr wandelt. Er bekennt, daß der „gute bayerische Kern“ der Herr Rahr auszeichnete, auch in ihm lebt. Zur Befristung dieser Tatsache warnte er vor der falschen Humanität, mit der man von mancher Seite die Behandlung der Aufständischen wüßte. „Ich bin“, so sagte er, „der Ansicht, daß wir nicht in den Fehler verfallen dürfen, daß wir einfach aus gutem Herzen die Leute herauslassen, die schon jetzt in den Festungen und Gefängnissen nichts anderes tun, als den Sturz der Gesellschaft und die Rache vorbereiten.“ Das ist sehr nett, was Herr Lerchenfeld hier bekennt. Wir geben ihm ganz recht, wenn er gegen rachsüchtige Elemente vorgeht, denn in Bayerns heiligen Hallen kennt man die Rache nicht. Die Richtigkeit dieser Tatsache wird auch nicht überlegt werden können durch die skandalösen Urteile der Volksgesichte gegen Sozialisten, durch die Erziehung Garetis und durch die eben verfallenen Schüsse, die irgend ein nationalitätlicher Verbrecher auf unseren Genossen Auer abgegeben hat. Reizt Herr Lerchenfeld von all dem nichts? Weist er nicht, daß seit dem Rapp-Bußch die ganze Politik der Bayerischen Regierung geleitet wurde von dem Stichwort: Rache? Herr Lerchenfeld weiß das sehr gut. Aber er hat trotz alledem den Mut, sich ungeschicklich und öffentlich die Notwendigkeit zu begründen, daß Sozialisten in Kerker schmachten müssen, weil sie Rachepläne in sich tragen. Wir wünschen, daß Herr Lerchenfeld und seine Regierung auch ohne diese falsche Humanität gegen die Verbrecher von rechts vorgehen würde und gegen jene, die Tag und Nacht daran arbeiten, von Bayern aus die Monarchie wieder zum Leben zu bringen. Graf Lerchenfeld behauptet allerdings alles, was die Volksgerichte von rechts betreffen, sei falsch. In Bayern wende niemand daran, die Monarchie wieder zu errichten. Ein Mann, der solche Behauptungen aufstellt, untersteht sich in der Tat nicht im geringsten dem Freunde des bayerischen Kronprinzen, dem Herrn v. Rahr. Es ist selbstverständlich, daß auch Herr Lerchenfeld von dem Eigenleben der Bayern und von der Wahrung ihrer Selbstständigkeit sprach.

Nach dieser Rede des bayerischen Ministerpräsidenten ist es ungeschicklich, alle Hoffnungen auf eine Besserung der bayerischen Lage zu erschüttern anzugehen. Aber für die Arbeiterklasse bleibt noch wie vor die Verpflichtung, auf dem Posten zu sein. Auf dem Sozialistischen Parteitag hat Genosse Wels im Namen der Bayern Partei den bayerischen Genossen versichert, daß die deutsche Arbeiterklasse zu jeder Stunde bereit ist, den Kampf gegen die bayerische Reaktion aufzunehmen und mit allen Kräften zu führen. Diese Kampfanfrage geht nicht nur Herrn v. Rahr, sie geht auch jedem Nachfolger, wenn er glaubt, im Sinne des Herrn v. Rahr weiter regieren und die bayerische Arbeiterklasse ebenso, wie es sein Vorgänger tat, weiter niederdrücken und provozieren zu lassen.

Dampferzusammenstoß auf dem Wannsee.

Berlin, den 31. Oktober.

Am gestrigen Sonntagabend, kurz nach 7 Uhr, stießen auf dem Wannsee auf der Höhe zwischen Schwanenwärdern und Havelck zwei Schnelldampfer zusammen. Der Anprall war so heftig, daß der eine Dampfer binnen einer Minute sank. Von den 70 Passagieren sollen alle bis auf drei vermißte Personen gerettet sein. In den späten Abendstunden ließ sich genaueres noch nicht ermitteln.

Fortdauer des Streiks der Berliner Gashausangestellten.

Berlin, 31. Oktober.

Die Arbeitgeber lehnten den Vorschlag zu weiteren Verhandlungen ab. Demnach dürfte mit einer weiteren Fortdauer des bereits vier Wochen andauernden Streiks zu rechnen sein.

Arbeitsruhe am 9. November in Sachsen.

Leipzig, 31. Oktober.

Die in Leipzig tagende Konferenz der sächsischen Gewerkschaftskartelle im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund nahm nach lebhafter Aussprache eine Entschließung an, in der es u. a. heißt: Die Landeskongress der Ortsausschüsse der freien Gewerkschaften in Sachsen beschließt: Alle Ortsausschüsse Sachsens werden beauftragt, die Arbeiter zur Arbeitsruhe am 9. November aufzufordern.

Die Untersuchung der Oppauer Katastrophe.

Ludwigshafen, 30. Oktober.

Die experimentelle Untersuchung der Katastrophe wird, wie die Frankfurter Zeitung meldet, durch hervorragende chemische Sachverständige mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages und der bayerischen Untersuchungskommission, die aus sachkundigen gewerkschaftlichen Beamten und Arbeitern besteht, in weitgehendstem Maße betrieben.

Die Justiz hat verurteilt.

Weitere Enthüllungen des Untersuchungsausschusses.

Die Freitagssitzung des Untersuchungsausschusses förderte ähnliche Ergebnisse zutage wie am Donnerstag. Nach dem Fall Straupe, über den bereits berichtet wurde, untersuchte der Ausschuß die Erziehung, die sich an das Geschehen von Besenstädt angeschlossen. Zeuge Heinrich Lehmann hat als Schutzpolizist-Beamter an dem Geschehen teilgenommen. Er berichtet über die Erziehung des Amtsvorstehers von Trebnitz. Dieser ist einer Gruppe vorgeführt worden, die aus dem Leutnant v. d. Tann und zwei Hallenser Zeitfreiwilligen bestand. Leutnant v. d. Tann beschimpfte der Gefangenen furchtbar und gab dann den Befehl, ihn dem Hauptmann vorzuführen. Leise aber sagte er dem abführenden Schutzpolizisten: „Nur nehmt den Weg durch den Hofweg, und dann...“, dabei machte Leutnant v. d. Tann mit dem Zeigefinger die Bewegung des Gewehrabdrückens. Der gefangene Amtsvorsteher mußte dann vor den drei Schutzpolizisten hergehen, etwa 100 Meter entfernt, vergrößerten diese den Abstand. Der Gefangene ging weiter, blieb aber ein paar Mal stehen und drehte sich um, dann fiel ein Schuß, und der Gefangene sank zu Boden. Leutnant v. d. Tann hat auf ähnliche Weise schon vorher einen anderen Gefangenen beseitigen wollen. Es war dies ein Schutzpolizist-Beamter der Technischen Hundertschaft, der vorher von den Kommunisten als Geißel verschleppt worden war. Weil er über seine Behandlung bei den Kommunisten nicht urkundig auslagte, hielt ihn v. d. Tann für einen Spion. Auch bei seiner Abführung machte v. d. Tann die Bewegung mit dem Zeigefinger. Zufällig kam ein Beamter der Technischen Hundertschaft vorbei, der den Gefangenen als Kameraden erkannte, wodurch dieser gerettet wurde.

Es folgt der Fall der Erziehung des Ortsvorstehers in Klostermannsfeld. Schuhmachermeister Reiga und seine Frau haben als Zeugen von dem Fenster ihrer dunklen Wohnung aus gesehen, wie Müller aus dem erleuchteten Hotel „Deutscher Kaiser“, dem Standquartier der Schupo, um 11 Uhr nachts mit starker Bedienung abgeführt wurde. Bald darauf fielen Schüsse, und Müller war erschossen.

Über die Erziehung des Ortsvorstehers Rosenhauer in Oßmünde sagt der Zeuge Lichtenberger aus, der ebenfalls der Schutzpolizei angehört hat. Rosenhauer mußte während des Transportes auf einen Acker gehen. Da gerade ein paar Telegraphenarbeiter vorbeikamen, ließ man ihn wieder zurückkommen. Als die Arbeiter fort waren, mußte Rosenhauer wieder auf den Acker und wurde dort erschossen. Ferner hat Lichtenberger gesehen, wie ein Wachtmeister einen Gefangenen erst geprügelt und dann mit dem Revolver erschossen hat. Auch dieser Zeuge belastete den Leutnant v. d. Tann sehr schwer. Im Leuna-Werk habe v. d. Tann einen Gefangenen eigenhändig erschossen wollen, und als der Hauptmann ihn daran hinderte, zu den Wachtmeistern gesagt: „Na, dann werden es andere besorgen.“ Der Zeuge hat dann seine Kameraden von der Erziehung abgehalten. Er führt seine Entlassung aus der Schutzpolizei darauf zurück, daß er sich mißbilligend über die Erziehung geäußert habe. Das sei als „unkameradschaftlich“ bezeichnet worden.

Damit ist die Vernehmung der Zeugen beendet. Abgeordneter Rissan stellt den Antrag, noch weitere Zeugen zu vernehmen. Staatskommissar Dr. Reimann, der schon vorher im Auftrag der Regierung erklärt hatte, daß der Minister des Inneren auf Grund der gestrigen Verhandlung sofort den Justizminister um Untersuchung der neu bekannt gewordenen Fälle ersucht habe, vertritt den Standpunkt, daß die weitere Untersuchung der Staatsanwaltschaft überlassen werden solle. Dem wird von der Ausschussmitgliedern der Rechten beigegeben, von der Linken sehr heftig widersprochen. Von Seiten der Linken wird namentlich ausgeführt, daß die bisherigen Verhandlungen ein vollkommenes Verlegen der Justiz ergeben habe. Obwohl 7 Monate seit dem Märgaustand verstrichen sind, seien die meisten der hier gehörten Zeugen noch nicht einmal gerichtlich vernommen worden. Dabei habe der Rechtsanwalt Hegenrich als Vertreter der Hinterbliebenen die Namen der Zeugen der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Die Krassen hier aufgegebenen Erziehungsfälle hat die Staatsanwaltschaft überhaupt nicht in Bearbeitung genommen. Der Vorsitzende führt aus, daß der Ausschuss den Gerichten nicht vortreten wolle. Aber die bisherigen Ermittlungen hätten zweifellos wichtiges Material für neue gerichtliche Untersuchungen gefördert. Wenn der Ausschuss weiter in der Lage sei, den Justizbehörden neue Anhaltspunkte für die Untersuchung zu bieten, so könne er sich dieser Auffassung nicht enthalten. Der Vorsitzende schlägt daher vor, die Beurlaubung über den Antrag Rissan auszusprechen, bis die neuer Gemeinamträge formuliert sind. Der Ausschuss beschließt dementsprechend.

Wann kommt endlich das Reichsgesetz über die neue Lehrerbildung?

Der wichtigste Punkt für die Neugestaltung der Schule im Sinne der Einheitlichkeit und Vereinfachung ihres erzieherischen Wirkens ist unstreitig die Vereinheitlichung und Vertiefung der Lehrerbildung, wie sie die Reichsverfassung in Artikel 143 grundsätzlich verkündet. Nachdem bereits Anfangs Dezember vorigen Jahres die Abgeordneten Hellmann (SPD.) und Weiß (DDP.) die Reichsregierung wegen Vorlegung eines Gesetzes über die Lehrerbildung, durch das die Verfassungsbestimmung praktisch ausgeführt wird, gemahnt hatten, und nachdem ferner bei der letzten Haushaltsberatung ein sozialdemokratischer Antrag an die Dringlichkeit der gesetzlichen Regelung der einheitlichen Lehrerbildung erinnert hatte, haben jetzt Genosse Hellmann und die Abgeordneten Weiß-Münzberg und Rheinländer-Westfalen (3.) abermals im Reichstage eine Anfrage an die Regierung gerichtet, wie weit nunmehr die Vorbereitungen für das Gesetz über die Lehrerbildung gediehen sind, in welcher Richtung die Verhandlungen über die finanziellen Rückwirkungen der Neuordnung der Lehrerbildung zwischen Reich und Ländern eine Klärung herbeigeführt haben und in welcher Weise die Reichsregierung nun endlich an die Durchführung des Artikels 143 der Verfassung zu gehen gedenke.

Es ist dringend zu wünschen, daß diese grundlegende Reform baldigst reichsgesetzlich gesichert und geregelt wird. Hamburg hat bekanntlich längst mit dem Abbau der bisherigen Lehrerbildungsanstalten begonnen, andere Länder sind gefolgt oder warten nur auf das Reichsgesetz. Es ist unbedingt notwendig, daß ein solches die Vorbildung der Lehrer aller Schulen auf einer höheren Schule und ihre Ausbildung auf der Hochschule festlegt, damit die Schulreform vorwärts kommt und die reaktionären Gegenströmungen — sprach man doch vor kurzem in Preußen sogar von einer Wiedereröffnung der inzwischen geschlossenen Präparandenanstalten! — wirksam überwunden werden.

Militarismus bei der Schupo.

Essen, den 28. Okt. (Eig. Draht.)

Bei der Essener Schupo werden in letzter Zeit Methoden angewandt, die die Beamten der Schupo fast zur Verzweiflung treiben. Wir lesen darüber in der Essener Arbeiterzeitung u. a. aus dem Brief eines Schupoarbeiters folgendes:

Am 26. September 1921 hatte die Nachrichtenhundertschaft der Schupo vormittags Ausbildung im Waffen dienst unter Aufsicht des Leutnants Keller. Klappete mal bei diesem oder jenem der eine oder andere Griff nicht sofort, oder kam einer dem Kommando: Knien! nicht schnell genug nach, so hieß es: Reißt Sie sich zusammen, sonst werde ich schreien und nachher zerschellen lassen. Bei anderer Gelegenheit saute der selbe Leutnant zu den Beamten: „Reißt Sie Ihre Hammelbeine zusammen, sonst schmeiße ich Ihnen eine Rolle Stacheldraht ins Maul.“ Oberleutnant Loebe hat kürzlich den Beamten einen Vortrag gehalten, in dem er ihnen sagte, daß in Zukunft jedem, der sich krank meldete, vom Arzt aber nicht krank geschrieben sei, als Strafe der Sonntagsurlaub entzogen werde. Er wolle die Beamten mit dem Arzte Rücksprache nehmen, um den vielen Krankmeldungen vorzubeugen. Bei anderer Gelegenheit sagte: er sei gewohnt, daß Achtung gerufen werde, wenn er durch die Stuben gehe. Major Weiffert hat bei einer Stoßtruppübung, die ihm zu schlapp erschien, gesagt: „Sie müssen laufen, wie die wildgewordenen Affen.“ Als er dann die Hundertschaft zusammen hatte, meinte er: „Schon bei unserem Auftreten müssen die Kommunisten die Kugeln im Leibe spüren.“

Die Essener Arbeiterzeitung fragt angesichts dieser Mißstände, was gedenkt Herr Minister Dominicus zu tun, um diesen Mißständen ein Ende zu machen? Die sozialdemokratische Partei hat nicht Enst ihre Beschwerden länger ignorieren zu lassen. Wenn nicht bald ordentlich Wandel geschaffen wird, müssen andere Mittel in Anwendung gebracht werden, um den Herren Militaristen in der Schupo ihr verfassungswidriges Handeln zu legen.

Professor Delbrück über die Kriegsverlängerer.

In der „Globe“ hat sich eine Debatte über die Frage der Kriegsschuld entpinnen. Im neuesten Heft antwortet Professor Hans Delbrück auf Eduard Bernstein und gesteht folgendes zu: „Rechtgeben muß ich Bernstein, wenn er den Schließenschen Selbstjagdplan „verhängnisvoll“ nennt. Ich bin wohl der erste gewesen, der das ausgesprochen und begründet hat, und wahrscheinlich hat es Bernstein von mir entnommen.“

Der ungeheure Fehler der deutschen Politik, an dem der Kaiser, der Reichskanzler, das Auswärtige Amt und der Große Generalstab gleichmäßig beteiligt sind, ist die Unterdrückung der russischen Kriegsbereitschaft und des russischen Kriegswillens. Wäre diese Einschätzung richtig gewesen, so war auch die Politik in bezug auf Serbien richtig. Da sie aber falsch war, da die Entwicklung eines europäischen Krieges aus dem letzten nicht bloß möglich, sondern von großer Wahrscheinlichkeit war, so war auch die österreichisch-deutsche Politik falsch. Dieser Fehler ist aber ganz etwas anderes, ja sogar das Gegenteil von dem, was uns das Versailler Ultimatum Schuld gibt und worauf der Versailler Frieden gegründet ist. Die Sünde Deutschlands lag nicht in der Entfesselung des Krieges, sondern in der Kriegsverlängerung, dem Nichteingehen auf die Möglichkeiten eines Verständigungsfriedens.“

Delbrück gehört zu denen, die Deutschlands Politik vom Juli 1914 für harmlos ansehen als sie angesehen zu werden verdient. Umso wichtiger und für unsere ehemaligen Herrschenden gravierender ist sein Geständnis.

Die deutschen Gewerkschaften.

Das Internationale Arbeitsamt in Genf veröffentlichte in der Augustnummer seiner „Internationalen Arbeitsrundschau“ eine Zusammenstellung der Gewerkschaften der Welt. Danach gibt es in dreißig Ländern 48 029 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Davon entfallen mehr als ein Drittel, nämlich 13 Millionen auf Deutschland, das die größten Arbeiterorganisationen der Welt hat.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist keineswegs einheitlich. Sie zerfällt in die verschiedensten Gruppen und Gruppenchen. Da sind die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine, die christlichen Gewerkschaften, die verschiedenen Arbeiterunions-, (wild gewordenen Kommunisten), die Syndikalisten und die in neuerer Zeit entstandenen Gründungen der Deutschmonarchisten, die Vereinigungen nationaler Arbeiter und Angestellter. Alle diese Splitter zusammengenommen haben nicht die Macht, die eine große Gewerkschaftsgruppe besitzt, die zusammengefaßt ist im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa). Sie verfügt über 64 Organisationen mit nahezu 9 Millionen Arbeitern und Angestellten. Zwischen diesen beiden großen Teilen der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften besteht ein Kartellverhältnis, daß die Selbstständigkeit der beiden Teile anerkennt, sie aber verpflichtet, in allen gewerkschaftlichen, sozialen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam berühren, zusammenzuarbeiten. Beide Teile sind dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossen.

Neben diesen beiden größten Organisationsgruppen der deutschen Arbeiter und Angestellten läuft eine dritte, ebenso beachtenswerte, die der deutschen Beamten, die ihre Spitze findet im Deutschen Beamtenbund. In dieser Organisation sind zusammengeschlossen alle Beamten des Reiches, der Staaten und der Gemeinden. Die Organisation der Beamtenverbände hat es leider noch nicht zu einem Bekenntnis zu freigewerkschaftlichen Grundsätzen gebracht, aber sie sympathisiert mit den beiden Spitzenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, und die Bestrebungen gehen dahin, all drei Organisationen zusammenzufassen. Vor einigen Monaten schien die Verwirklichung dieser von dem verstorbenen Führer der deutschen freien Gewerkschaften, Karl Legien, propagierten Dreifälulenkraft in greifbare Nähe gerückt zu sein. Leider gelang das Werk nicht, aber es wird in nicht allzu ferner Zeit möglich sein, in Deutschland die Einheitsfront aller Hand- und Kopfarbeiter zu errichten.

Kurz nach der Revolution, aber nicht infolge der Revolution, sondern in konsequenter Fortsetzung der von den freien Gewerkschaften betriebenen Tarifpolitik gingen die Gewerkschaften Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern ein. Diese Arbeitsgemeinschaften erstreckten sich auf die einzelnen Industriezweige und sind wiederum zusammengeschlossen in der Zentralen Arbeitsgemeinschaft. Auch um die Notwendigkeit dieser Arbeitsgemeinschaften wird im Augenblick heftig gekämpft, große Teile der Gewerkschaftsmitglieder fordern die Auflösung dieser Gemeinschaften, weil sie glauben, daß durch eine größere Bewegungsfreiheit zu bekommen, die sie besonders bei Lohnbewegungen vermissen. Der alte und erfahrene Teil der Gewerkschaftsmitglieder allerdings hält an dieser Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital fest, nicht aus grundsätzlichen, sondern aus rein taktischen Erwägungen heraus.

Die Organisationen der Arbeiter zählten im Jahre 1900 kaum 700 000 Mitglieder. Zehn Jahre später war bereits die zweite Million überschritten, und bis zum Ausbruch des Krieges organisierten 48 Zentralverbände 2 511 137 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Krieg unterbrach diese glänzende Entwicklung, so daß es im Jahre 1916 nur noch 960 000 Gewerkschaftsmitglieder gab. Langsam wuchs die Zahl bis zum Kriegsende um 700 000. Die Revolution aber brach die Fesseln und machte für jeden den Weg zur Organisation frei. Jetzt setzte eine stürmische Aufwärtsbewegung ein, die die kühnsten Hoffnungen übertraf.

Im letzten Quartal des Jahres 1919 zählten die im ADGB zusammengeschlossenen 52 Arbeiter-Organisationen 7 337 477 Mitglieder, davon waren 1 615 922 Frauen. Die Einnahmen beliefen sich auf rund 247 300 838 Mk., denen 200 408 709 Mk. an Ausgaben gegenüberstanden. Ohne das Vermögen der größten Organisation, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, betrug das der übrigen 51 Zentralverbände 133 180 009 Mk. Dieser gewaltige Mitgliederzuwachs hatte aber das Reservoir der Unorganisierten noch nicht leer gemacht. Die Entwicklung wurde zwar sehr ruhig, aber immerhin brachte das Jahr 1920 noch einen Zuwachs von 688 205 Arbeitern und Arbeiterinnen, so daß am Ende des Jahres 1920 8 025 682 Mitglieder der freien Gewerkschaften gezählt wurden, unter denen sich 1 697 939 Frauen befanden. Die Zahl der Zentralverbände war sich gleichgeblieben und betrug 52, deren Zweigvereine sich aber um 3409 auf 27 271 vermehrten. Ins Riesenhafte wuchsen die Einnahmen und Ausgaben. Insgesamt flossen 747 114 439 Mark in die Kassen der Gewerkschaften. Darunter waren allein fast 530 Millionen Mark Verbandsbeiträge. Die Ausgaben erreichten die Höhe von 543 814 615 Mark. Darunter befanden sich 108 549 907 Mark, die gezahlt werden mußten an Unterstützungen für Mitglieder, die im Streik standen oder ausgepörrt waren. Das Vermögen der Gewerkschaften ohne das der beiden größten Organisationen, nämlich wieder des Metallarbeiterverbandes und des Verbandes der Landarbeiter, vermehrte sich fast genau um den Bestand des Vorjahres auf 268 469 522 Mark. Natürlich spielt auch hier die Geldbewertung eine Rolle mit, die zu Beitragserhöhungen auf der einen und zu gewaltiger Steigerung der Ausgaben auf der anderen Seite geführt hat.

Von Interesse ist noch das Zeitungsweesen der Gewerkschaften. Jeder der 52 Zentralverbände hat seine eigene Zeitung. Dazu kommen 29 Blätter, die von siebzehn Gewerkschaften herausgegeben werden zu dem Zwecke, sich mit der Heranbildung der Lehrlinge, der jugendlichen Arbeiter und der Betriebsräte zu beschäftigen oder aber den Mitgliedern überhaupt fachtechnisches Wissen zu geben.

Die größte Gewerkschaft im ADGB ist, wie schon erwähnt, der Metallarbeiterverband mit 1 647 916 Mitgliedern. An zweiter Stelle steht der Landarbeiterverband mit 695 695. Der Transportarbeiterverband organisiert 536 000 Arbeiter und Arbeiterinnen und schließt die Reihe der Organisationen, die über eine halbe Million Mitglieder haben.

Die riesige Organisationsmaschine, die wir hier in rohen Zügen gezeichnet haben, hat mannigfaltige Aufgaben. Sie soll die Not und das Elend der unteren Volksschichten lindern und ihre wirtschaftliche Lage heben. Sie soll aber darüber hinaus die Arbeit bekämpfen, d. h. dem Arbeiter das Recht geben, nicht nur zu arbeiten für andere, sondern auch

mit zubeistimmen im Produktionsprozeß. Damit der Arbeiter diese Funktion ausüben kann, müssen die Gewerkschaften ihn mit dem nötigen Wissen ausstatten, das ihn befähigt, nicht nur mitzuarbeiten an der Umgestaltung der Wirtschaft, sondern sie auch einmal wirklich zum Wohle der Allgemeinheit führen zu können.

Aber diese Aufgaben müssen heute zurücktreten hinter der einen, die Verschlechterung der Lebenshaltung des Arbeiters zu verhindern. Alle Kräfte müssen angespannt werden, um die sich in Erfüllung dieser Aufgabe ergebenden Wirtschaftskämpfe zugunsten der Arbeiter zu entscheiden. Darüber hinaus haben die freien Gewerkschaften die hohe Aufgabe zu erfüllen, die deutsche Republik zu schützen. Sie haben schon einmal gezeigt, daß sie dieser Aufgabe gewachsen sind, als es galt, im März 1920 Herrn Kapp und andere Hochverräter davonzujagen. Die freien Gewerkschaften können diese große Aufgabe übernehmen, weil sie im Gegensatz zur politischen Arbeiterbewegung einig sind. Die Kommunisten haben zwar versucht, sie auf Befehl Moskaus zu zertrümmern, sie haben auch eine Zeitlang in verschiedenen Organisationen die Oberhand gewinnen können. Aber bei der Arbeiterschaft kehrte bald die ruhige Überlegung zurück, in demselben Maße weicht der Bolschewismus. Die Gewerkschaften waren in ihrem innersten Kern so gesund, daß der Spaltbazillus von Moskau ihnen nichts anhaben konnte. Sie überwandern die Gefahr und blieben einig und sind heute so stark, daß sie nicht nur der beste Schutz der Republik, sondern auch die sicherste Gewähr für die Wiedervereinigung der politisch getrennten

Volkswirtschaft.

Das Geheimnis der Indeziffern.

Die sogenannten Indeziffern, durch die der Grad der Teuerung zahlenmäßig angegeben wird, spielen heute in unserem Leben eine große Rolle. Was nun aber diese Zahlen bedeuten und wie sie errechnet sind, darüber sind sich die meisten im unklaren. Einen Einblick in die Feststellung der Teuerungszahlen gewährt Dr. Friedrich Lübbert in „Reclams Unterium“.

Nach der Methode der Reichsstatistik werden die Kosten der Lebenshaltung, soweit Nahrung, Wohnung und Beleuchtung in Frage kommen, an einer Normalration gemessen, die den Bedarf einer fünfköpfigen Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren in je 4 Wochen darstellt. Die Kosten für die Nahrungsmittel werden am Schlusse jeder Versorgungswoche berechnet. Die Preise werden amtlich unter Mitwirkung berufener Sachverständigen für den 15. jedes Monats festgestellt, daraus wird ein Durchschnitt berechnet. Zu den Nahrungsmitteln tritt eine in der Reichsstatistik vorgesehene Menge Brenn- und Leuchtstoffe, die nach den ortsüblichen Preisen angesetzt werden. Für die Heizung nimmt man eine Wohnung an, die aus zwei heizbaren Zimmern, 1—2 Schlafzimmern und Küche besteht. Die auf diese Weise errechnete Zahl wird Teuerungszahl 1 genannt; sie betrug für die 4 Wochen vom 29. August bis 25. September 1921 in Leipzig gerade 109 Mk.

Von manchen statistischen Elementen werden außerdem auch noch Indeziffern für sonstige Lebensbedürfnisse, insbesondere für Kleidung berechnet. Jedoch ist es außerordentlich schwierig, eine Bedarfssumme aufzustellen, die das Existenzminimum für die vielfachen Lebensbedürfnisse festlegt. Es ist möglich, Lebensbedürfnisse wie Genußmittel, Körperpflege, Ausbesserung von Kleidung, Abschreibung auf Wirtschaftsgegenstände, Ausgaben für Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke und Abgaben zu beziffern, während Neuanschaffungen von Kleidung, Wäsche und Schuhwerk nicht berücksichtigt werden. Die auf diese Weise entstehende Teuerungszahl 2 wurde z. B. in Leipzig für den Vierwochenabschnitt vom 29. August bis 25. September mit 454 Mark angegeben. Die Schwierigkeiten, den gegenwärtigen tatsächlichen Bedarf an Kleidung, Wäsche und Schuhwerk zu erfassen, ist so groß, daß darüber erst genaue Erhebungen in Arbeiter- und Angestelltenkreisen an den verschiedenen Orten vorgenommen werden müssen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 31. Oktober.		Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.	
		29. Okt.	28. Okt.
Amsterdam	100 fl.	6033.95	5894.10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1258.70	1258.70
Kristiania	100 Kr.	2582.60	2277.70
Kopenhagen	100 Kr.	3406.55	3321.65
Stockholm	100 Kr.	4085.90	3996.—
Helsingfors	100 finn. Mk.	279.70	288.70
Rom	100 Lire	694.30	694.30
London	1 £	699.30	684.30
New York	1 Doll.	177.57	177.82
Paris	100 Frs.	1288.70	1288.70
Zürich	100 Frs.	3246.75	3286.70
Madrid	100 Pesetas	2332.65	2397.60
Wien	100 K.	7.98	7.58
Budapest	100 K.	23.22	22.87
Prag	100 K.	171.80	173.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Lage	Stk.
Angekommen am 30. Oktober.							
D.	S.	Göth	Ferien	Narhus	2		
D.	S.	Kanal 2	Peterßen	Gothenburg	1 1/2		
D.	S.	Soanen	Stenfeld	Kopenhagen	16		
D.	S.	Manuel	Nielsen	Friedrichshaven	3 1/2		
D.	S.	Mantulus	v. Ahn	Friedericia	4		
D.	S.	Schlutup	D. Hülßen	See	6		
D.	S.	Neval	Wella	Rughaven	11		
D.	S.	Dobelta	Schabe	Rönigsberg	4		
D.	S.	Sampo	Rosenblod	Lübeck	5		
D.	S.	Gauthjod	Karlson	Stockholm	2		
Angekommen am 31. Oktober.							
S.	S.	Bfing	Christensen	Gothenburg	8		
S.	S.	Alva	Seeler	Waldemarswiek	18		
S.	S.	Ingaborg	Bölsen	Felsingör	1		
D.	S.	Manuel	Varlen	Felsingör	17		
D.	S.	Gdda	Knüppel	Lüwin	6		

Schleswig-Lübeck: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Statistik Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Internationales Sozialrecht Dr. Heinrich Steinberg; für Druck Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Minlos'sches Waschnuders
 Wie ein Mann hängen Millionen dran.

Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich
 wo nicht, werde man sich an
L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld. (8418)

Nationalbank

für Deutschland, Zweigniederlassung Lübeck
 Königstraße 57 — Schwartauer Allee 67 a

(8489)

Annahme von Spar-Einlagen. — Giro-Konten.

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten

ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED

VON JULIUS BRUHNS
 herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Molkenbührs

Selbsterlebte Geschichten aus der Sturm- und Drangzeit der Partei

PREIS 14,- MARK elegant gebunden

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 50.

Zelle!

Kalb-, Ziegen-, Reh-, Schaffelle usw., Züchte, Marder, Mähe usw. sowie (8431)

Tierhaare kauft zu höchsten Tagespreisen

Isaac Frankenthal, Lübeck,
 Bedenstraße 53. Tel. 8041.
 bitte genau die Ware zu beachten.

NEU! NEU!
Das neue Lohnsteuergesetz

(Einkommensteuer vom Arbeitslohn)
 Dargestellt und erläutert von Wilhelm Keil.
Preis Mk. 2.50.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung des Lübecker Volksboten.

Für den Winter kaufen Sie (8439)
Kachelöfen — eiserne Öfen
 günstig im
Ofen-Spezial-Geschäft
Adolf Borgfeldt
 Inh. Hermann Kubil
 Königstraße 35-44. Fernruf 672.

..... keine „B. M.“ aber trotzdem...!

Durch den Riesenandrang, den wir in den letzten Wochen zu bewältigen hatten, sind wir nicht in der Lage, eine noch größere Steigerung des Verkaufs durch die alljährlich stattfindende **Bekleidungs-Messe** zu erfragen. — Die für diese Veranstaltung bestimmten Waren mußten zum Teil bereits in Angriff genommen werden, um unsere billigen Preise halten zu können. Die Läger Strümpfe und Handschuhe wandern nun gleichfalls in den Verkauf.

Frauen-Strümpfe.....6.95
 Herren-Socken.....3.95
 Damen-Handschuhe 6.75
 Kinder-Handschuhe..4.95
 Herren-Handschuhe..6.75

Unsere Vorräte sind aber so groß, daß Sie sich mit dem Einkauf nicht zu beeilen brauchen. Im Laufe des November werden wir auch die Waren der Damen-Konfektion, Putz, Trikotagen und Wollwaren, die für die „B. M.“ bestimmt waren, zum Verkauf bringen.

Rudolph Karstadt

Aktiengesellschaft

Neu erschienen!
Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—

Lübecker Volksbote
 Johannisstraße 46.

Postgebühren
 — 50 Pfg. —
 Friedr. Meyer & Co.
 Johannisstraße 46.

Zentralhallen
 Morgen Dienstag:
Großer Elite-Tanz
 in sämtlichen festlich decorierten Räumen.
 Feenhafte Beleuchtung. (8434)

Wegen dringender Verhinderung in Steffin konnte Ich den für gestern angeetzten Vortrag nicht halten. (8446)

Ich rede bestimmt heute Montag
 den 31. Oktober, abds. 8 Uhr im Logen-Saal, St. Annenstraße.

Haeusser

Rechnungs-Formulare
 fertigt prompt an
 Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Große öffentliche

Wähler-Versammlung

Montag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:

Der Kampf um den neuen Staat.

Redner: Abgeordneter **Herm. Lüdemann**, früherer preussischer Finanzminister.

Freie Aussprache.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Sozialdemokratische Partei. (8821)

Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester

Dienstag, den 1. November
 abends 7 1/2 Uhr:

6. Volkstümliches Konzert (Operetten- und Walzer-Abend)

im Gewerkschaftshaus.
 Leitung: Herr Kapellmeister Steckel.
 Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer. (8427)
 Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen.

Siedlung und Kleingarten

Vierseitige Zeitung in Kupfertiefdruck, reich illustriert, mit praktischen Erläuterungen für Kleingarten und Siedlung. Erscheint alle 14 Tage. Bezugspreis für die Volksbotenleser monatlich nur fünfzig Pfennig.
 Auch im Einzelverkauf im Lübecker Volksboten.

„Wann zu empfehlen ist Zucker's Patent-Medizinale-Salbe gegen unreine Haut, Witterer.“

Pisul

Rindchen, Brusteln usw. Spezial-urzt Dr. B. S. Sagu Zuckoo-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apoth., Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

(8417)

Schirm reparatur. Neubeziehungen
Ed. Teßmann.
 8416) Kundestr. 45.

Nur für Wiederverkäufer!
Tabak (8420)
Shag-Tabak
Schwarzen Krausen
 verkaufe ich noch zu alten Fabrikpreisen.
Grundmann, Großhdlg.
 Lübeck, Schlüsselbud. 32

Dr. Brockmann
 8422) zurückgekehrt.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck. (8421)

14. Distrikt. (Sandgebiet).
 Dienstag, den 1. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:

Versammlung im Gewerkschaftshaus.
 Erscheinen Pflicht.

3. Distrikt.
 Dienstag, den 1. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:

Versammlung der tätigen Genossen

bei **F. Lender**, Hundestr.
 Das Erscheinen sämtlicher Genossen ist erforderlich.
W. Bruns, Distriktsführer.

Verein der Ost- und Westpr.
 Monatsversammlung am Mittwoch, den 2. Nov., abds. 8 Uhr.
 im Turnerheim, A. d. Mauer.

Achtung!
Stoekelsdorf.

Dienstag, den 1. Novbr.:
Mitglieder-Versammlung des (8438)
Sozialdemokrat. Vereins.

Genossen u. Genossinnen: wir stehen kurz vor der Wahl, darum erscheint zahlreich, damit wir am Wahltag gerüstet dastehen.

Hansa-Theater

Heute Montag 7 1/2 Uhr zu halben Kassenpreisen:

Die Kinokönigin. (8436)
 Morgen Dienstag:
 8. Vorst. im Dienst-Abonn.

Der Vetter aus Dingsda

Stadttheater Lübeck.
 Montag, 31. Oktbr., 7 Uhr
 Vorst. f. d. Urb.-Gemeinschaft freier Bünde
Wallensteins Tod.

Dienstag, 1. Nov. 7 Uhr.
Braub.
 12. Ab.-Vorst. Buchst. D.
 Mittwoch, 2. Nov. 6.30 Uhr.
Die Walfäre.

12. Ab.-Vorst. Buchst. D.

Colosseum.
 Die weiteren Abonnementkonzerte an den Montagen und Donnerstagen fallen aus. Ueber die Rückzahlung der Abonnementbeiträge erfolgt besondere Bekanntmachung. (8425)

Freistaat Lübeck.

Montag, 31. Oktober.

An unsere verehrlichen Abonnenten!

Die fortgesetzte weitere Steigerung der mit der Zeitungs-herausgabe verbundenen Warkosten an Gehalten, Löhnen, Papier, Materialien usw. und die starke Steigerung aller Gebühren (Post, Fernsprecher, Steuern aller Art) haben alle in Lübeck und Umgegend wie in ganz Deutschland erscheinenden Tageszeitungen genötigt, eine anderweitige Festsetzung der Bezugspreise erfolgen zu lassen.

Für den Lübecker Volksboten beträgt der Bezugspreis ab 1. November 1921 7 Mk.

Alle Zeitungsverlage geben sich, wie wir, der Hoffnung hin, daß die geehrten Bezahler die Notwendigkeit dieser Preisveränderung anerkennen und wie bisher unserem Blatte auch ferner die Treue bewahren werden. Dabei geben wir zugleich die Versicherung ab, daß trotz der vorhandenen Schwierigkeiten alle Mitarbeiter bestrebt sein werden, den Inhalt des Blattes und die Lieferungen auf der gleichen Höhe wie bisher zu erhalten.

Lübeck, den 29. Oktober 1921.

Verlag und Geschäftsstelle
des „Lübecker Volksboten“.

Immer neuer Wucher.

Jeder Tag bringt Auswüchse schöner Profitsucht. Heute sind es Kartoffeln, morgen ist es die Milch, übermorgen der Zucker, der nun auch frei ist. Wie mit jedem Artikel, der der Zwangsbeschaffung unterlag, ist es auch hier. Zuerst großes Geschrei, daß der freie Markt mehr, bessere und nach einer gewissen Zeit auch billigere Ware auf den Markt werfen würde, nachher kasuistische Beteuerungen, daß vorerst an die Versprechungen nicht zu denken sei. Nach übereinstimmenden Nachrichten aus dem Reich verlangt der Kleinhandel für das Pfund Zucker vielfach 6, 7, 8, ja sogar 9 und 10 Mk. Es wird gemeist behauptet, daß es sich um Auslandszucker handle. Das ist in den weitaus meisten Fällen glatter Schwindel. Auch hier in Lübeck war bis zum Sonnabend Zuckermangel und da ist es vorgekommen, daß eine Ladeninhaberin 15 Mark für ein Pfund Zucker forderte. Natürlich ist die Frau so harmlos und beteuert, nur aus Gutmütigkeit den Zucker herzugeben, da es alter aufbewahrter Auslandszucker sei. Mit dieser Ausrede kann bei Dummen jeder Einwand totgeschlagen werden. Die Tatsache des Wuchers besteht aber doch, wenn auch nur im Einzelfalle. Zucker ist jetzt wieder hier eingetroffen und wird etwa mit 5 Mk. pro Pfund verkauft.

Verständlich ist das Anziehen der Preise bei Auslandslebensmitteln, wie z. B. beim amerikanischen Schmalz. Die deutsche Mark ist seit dem Mai auf fast ein Drittel ihres damaligen Wertes gesunken, die Preise, die in fremder Währung bei der Einfuhr bezahlt werden müssen, kommen dadurch ganz von selbst auf das annähernd Dreifache. Schuld an den Preistreibern, die auf diese Weise entstehen, haben natürlich die außenpolitischen Mächte, die mit dem Versailler Diktat, im Londoner Ultimatum und der

Teilung Oberschlesiens die deutsche Kaufkraft am Weltmarkt geschwächt haben, schuld aber haben vor allem die Ludendorff und Kautzen, die das maßlose Unglück des verlorenen Krieges über uns gebracht haben, und die Helfferische, die während des Krieges das Reich mit Schulden überlasteten in der Hoffnung, ein unterworfenen Gegner würde sie bezahlen.

Zu den Ludendorffern und Helfferischen zählen auch die bürgerlichen Einheitsfrontler und Bürgerbündler wie die Drahtzieher des Neuen Grundeigentümervereins, die deren verderbbringende Hurrapolitik mitmachten und die zum großen Teile jener windigen Vaterlandspartei angehörten, die die ganze Welt kaputt machen wollten. Das Wehren gegen diese Tatsache seitens des bürgerlichen Mißmaßes nützt gar nichts, denn dessen Mitglieder waren nicht nur die Befürworter jeder Erdrosselungspolitik nach innen und außen, sondern sie sind es aufs neue durch ihre Vierung mit den Deutschmonarchisten geworden. Diese haben während der ganzen Kriegszeit nur ihr Wohlsein und ihren Profit im Auge gehabt und sich nur notgedrungen mit der bescheidensten Rationierung abgefunden. Wucher und Schiebertum war in Zeiten größter Volksnot in Lübeck genau wie anderwärts vorhanden und wird heute von so manchem zum mindesten geduldet. Beweis: Die Unterdrückung der Deutschnationalen. Wollte man nach dem Rezept verfahren, das das eigenkörnige Anhängsel dieser Gesellschaft, Herr Dr. Wittern, in der letzten Bürgerschaftssitzung empfohlen hatte: Zuchtstaus und Galgen für die Ausbeuter der Not — dann würden sich die Reihen der Deutschmonarchisten gewaltig lichten. Und um diese konservative Clique schart sich das reaktionäre Bürgertum, das sich für die ungehemmte Profitgier ebenso einsetzt wie seine deutschnationalen und volksparteilichen Verbündeten für die Zwangsbestimmung ihrer Unterdrückungspolitik. Denn dieser Sorte Politiker erstreckt das Heil nur aus neuer Anbelung des Volkes. Zum Hungern soll noch der Maulkorb angelegt werden, soll die Gewalt des Polizeijähels und der Industrie- und Handelsherren kommen. Dann erst ist die Bahn frei für den Wucher.

Ein halbwegs aufrechter und denkfähiger Mensch kann diesem volkschädigenden Treiben nicht tatenlos zusehen. Er muß sich über die Ursachen und Urheber unseres Elends klar werden und ihnen das schändliche Handwerk legen. In 14 Tagen ist in Lübeck Gelegenheit, einen Teil der Schuld heimzuzahlen. Dies geschieht durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels am 13. November.

Eine demokratische Versammlung, zu der durch Inierate jedermann eingeladen war, tagte am Sonnabend abend im Saale der Schiffergesellschaft. Als Rednerin hatte man sich Fräulein Bedmann aus Hamburg kommen lassen, die in ihrem Vortrag über „Nationale Pflicht und Ehre in der Republik“ sich entschieden für die Republik und für die Demokratie einsetzte. Welch gewaltige Anziehungskraft die hiesigen Demokraten selbst in dieser Wahlzeit ausübten, konnte man an dem Versammlungsbuch erkennen. Insgesamt waren genau 36 Personen, 24 Frauen und 12 Männer, einschließlich 5 Kommunisten erschienen. Von den letzteren nahmen zwei in der Aussprache das Wort und verzapften ihre bekannten Reden. Ueber die bevorstehende Bürgerschaftswahl wurde, wie man erwarten konnte, nicht gesprochen. Das war angesichts des riesigen Beluchs auch völlig überflüssig.

Ein Mißmachtsfreund. Man schreibt uns: Ein ganz besonders geistreicher Herr scheint der Schlachtermeister Hinrichs, Tüntenhagen 3, zu sein. Kam da bei der letzten Flugblattverteilung eine Genossin mit Flugblättern die Straße entlang und wollte das Haus des Herrn Hinrichs betreten. Unserer Genossin

wurde das Betreten des Hauses untersagt, doch erbat sich S., die Flugblätter für seine vier Mieter selbst in Empfang zu nehmen. Diese warten jedoch heute noch darauf. Inzwischen haben wir das Veräuferte nachgeholt und alle Mieter trotz des gestrengen Herrn Hinrichs mit Flugblättern versorgt. Unsere Parteifreunde der dortigen Gegend werden gut tun, um das Haus des Schlachtermeisters Hinrichs einen großen Bogen zu machen und dort ihre Einkäufe zu tätigen, wo man nicht mit so liebevollem Eifer sozialistische Flugblätter von ihnen fernhalten will.

Zweiter Lichtbildervortrag von Dr. Wolf Vinde. In der Aula der Ernestinenschule hatte sich am Freitag abend wieder eine kleine Gemeinde von Liebhabern der bildenden Kunst zusammengefunden, um mit dem Vortragenden einen Streifzug durch die Antike (Plastiken der griechischen und ägyptischen Kunst) zu unternehmen. In überaus klarer und leichtverständlicher Weise verstand es Dr. Vinde, die Zuhörer in das Wesen der bildenden Kunst einzuführen, das Betrachten eines Kunstwerkes zum Genuß, zum Erlebnis zu machen. Der Vortragende führte dann eine Reihe von in der Mehrzahl nach Originalen oder guten Kopien aufgenommenen Lichtbildern vor und zeigte besonders an der griechischen Plastik, wie meisterhaft es der Künstler verstand, der nackten Menschen in der vielseitigen Bewegung des Körpers festzuhalten und diese Bewegungen durch leichte Gewandung zu verhundertfachen. Je größer die Bewegung, desto ausdrucksvoller die Kurven, die die Linien des Körpers bestimmen. Von allen bildenden Künsten sei es der Plastik vorbehalten, das Geistige eines Kunstwerkes zu veräußern, zu vergegenständlichen. Die plastische Kunst wolle nicht die Natur, sondern der Natur nachahmen, die Natur umwerten. Diese Umwertung kam wohl in der „Bettlerin“, eine Plastik von unerhörter Eindringlichkeit, am augenfälligsten zum Ausdruck. Die ägyptische Kunst sei von anderen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Der Gedanke der Unsterblichkeit, der mit der möglichst langen Erhaltung des Körpers verbunden sei und in den Mumien zur Geltung kommt, sei auch in der plastischen Kunst der Ägypter lebendig gewesen. Durch verschiedene Gegenüberstellungen erkannten die Zuhörer, wie sehr die Wirkung einer Plastik durch die in ihr zum Ausdruck kommende Bewegung beeinflusst, und wie ausdruckslos die Anhängung von toten Gegenständen wie Fahnen, Kanonen, Granaten und Gewehren an Denkmälern wirkt.

wb. Stadthallen-Lichtspiele. Hedwig Hard, deren „Beichte einer Gefallenen“ vor einem Jahrzehnt größtes Aufsehen erregte, hat ihr „Tagebuch einer anständigen Frau“, das bei Albert Langen-München erschienen war, verfilmen lassen. Zu den Volksschikanen und den gemeinen Klatschereien der „honorigen“ Hausgenossen, ist noch ein als Wort angelegener Unglücksfall hineingebettet worden. In Maritz Baranag und Fred J. M. L., die die Hauptrollen spielen, hat Hedwig Hard gute Darsteller gefunden. Nebenbei kennen unsere Leser den Gatten von Hedwig Hard aus unseren früheren Unterhaltungsbeilage, der „Neuen Welt“. Er ist der Verfasser von „Front und Frohn“, sowie „Als Zwischenkateward nach Südamerika“, die auch in der „Vorwärts“-Bibliothek, erschienen. Der zweite Hauptfilm, „Die Nacht ohne Morgen“, nach einem Roman von Paul Rosenhain bearbeitet, spielt im Zirkusmilieu. Das stete Spiel mit dem Tode im Kampfe ums Dasein, das die Artisten treiben müssen, ein schwerer Unglücksfall, eine Geheirung und ein Mord bilden den Stoff des Stückes, in dem Haus Miere dorf einen Zirkusdirektor, Albert Steiner, einen Rechtsanwalt und Liebhaber der Zirkusdirektorin, Eugen Klöpfer, den Artisten Cliffard und Hanni Weise, dessen Frau darstellen. Eingeleitet wird der Spielplan von dem Lustspiel „Larameter 8547“, in dem Leo Perert eine Lachsalbe nach der anderen ausliefert. Vom 18. November ab bringen die Stadthallen-Lichtspiele den glänzenden Film „Geyer-Wally“ mit Henry Porten in den Hauptrollen.

Meisterjahn von Lübecks Industrie und Handwerk. Der leitende Ausschuss hatte nach der Bauhütte die Kunstfeller eingeladen,

Männer und Frauen! wählt sozialdemokratisch!

Das Kapital beutet und hungert Euch aus! — Gebt am 13. November die Quittung

Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Dem Fräulein Viola hatte freudig zugestimmt, daß endlich ein wenig Musik erklingen sollte. Schwung in die stillen Stuben kommen würde.

Anton beobachtete, wie beunruhigend rot Saphir ausah. Alterierte ihn dieser unruhige Tag so sehr?

Violas Wunsch nach Musik hinderte auch ihn, seiner Beunruhigung Ausdruck zu geben.

Saphir fragte Fräulein Viola, ob sie schon einmal ein Potpourri aus Carmen auf der Flöte gehört.

Viola lächelte. Sie fragte, ob das überhaupt möglich? Das hätte sie nicht gemußt.

Daß sie sich dies schauderhaft denke, behielt sie für sich. Saphir lächelte auch. So wie jemand lächelt, dem man Unmögliches zutrauen kann.

Man beginnt nicht mit dem Schluß.

Mario stimmte die Flöte den Liebesfrühling Schumanns an. Feuerrot erblüht, erregt suchte Saphir ohne Nebengeräusche mit dem Atem zurecht zu kommen und seine Aufgabe zu bewältigen.

Es schert alles leicht, bis man es selbst versucht. Fräulein Viola ahnte nichts von der Größe der Anstrengung. Sie klatschte zwar Bravo, als die Flöte in ihrem Bademantel verschwunden. Aber sie rief nicht Da capo. Sie hat um einen Walzer. Tanzbewegung. Sie bildete sich ein, daß die Sonnenkringel, die durch die Jalousien hereinstrahlten, englisch Walzer tanzten. Sie wollte sich mit ihnen drehen.

Anton hörte von diesen Einzelheiten nichts. Eine Mauer innerer Anstrengung schloß ihn ab. Wie jeden, dem ein Examen oder eine Operation dicht bevorsteht.

Er ging noch einmal in sein Zimmer hinauf. Er beisprenge sich ein wenig mit Lavendelblüten.

Auch hier hörte er deutlich das Klötenspiel. Er mußte was er sich vorgenommen, während dieser Melodien auszuführen. Er war nicht gewohnt, sich untreu zu werden.

Es gibt Situationen, wo auch der zuverlässigste Mann ins Schwanken geraten kann.

Anton beisprenge sich noch einmal mit Lavendel. Mehrmals hatte das Klötenspiel inzwischen abgesetzt und wieder begonnen. Auch allerlei andere Lärmgeräusche hatte Anton vernommen, ohne sie bemerkt zu haben.

Er wurde wieder gemessener in Gedanken und Bewegung. Er war zu der Ueberzeugung gekommen, eventuell eine Unterredung mit dem Herrn Vater einer anderen persönlichen Aus-

einandersetzung vorzuziehen. Er hatte sich selbst einen Vorsprung gegeben.

Als er die Treppe hinunterstieg, drehte sich im Flur leicht schwebend durch die Sonnenstreifen ein Paar. Nach der Walzermelodie der herausstöhnenden Flöte.

Ein scharfes Wort drängte sich Herrn Anton auf die Zunge über solch Benehmen der Hülfsmagd.

Zu rechter Zeit erkannte er, daß es Fräulein Viola war, die sich dort schwang. Mit jenem jungen Reisenden, der ihn heut zu Tage gemüht, als er Schaum zu schlagen gehabt.

Peinlich. Er schien ein guter Bekannter der Familie von Mörs. Vielleicht ein Verwandter. Dieser Tanz glück gemeinsam gewohnter Uebung.

Sanft spielte Saphirs Flöte. Das Paar tanzte in Vergessenheit.

Merkwürdige Empfindung durchströmte Herrn Anton. Nicht unangenehm. Peinlich, wie wenn ihm ein Zahn gezogen worden. Ein wenig Mundschmerz. Aber größer als das Gefühl der Erleichterung.

XXVII.

Scherzbefreiung verjüngt. Herr Anton war die letzten Stufen mit rascher Behendigkeit hinabgestiegen.

Die Flöte war verstummt. Die Tanzenden hielten inne.

Mit geschwinder Wendung drehte sich der junge Herr dem sich Nahenden entgegen und sagte: „Verzeihung, verehrtes Onkelchen.“

Anton konnte nicht hindern, daß ihm die Zornröte ins Gesicht lag. Bei dieser respektlosen, ihn lächerlich zu machen suchenden Anrede dieses Fremden. Im Beisein einer jungen Dame.

In Worten aber beherrschte er sich.

Er antwortete, er wisse zwar, daß die Freunde unserer Freunde auch unsere Freunde sein sollen. Daß er sich aber trotzdem auch von einem guten Bekannten des gräßlichen Fräuleins detarig übertrieben intime Anreden verbitten müsse.

Er glaubte nicht unwürdig gesprochen zu haben. Aber bevor noch der junge Fant die zu erwartende Entschuldigung hätte vorbringen können, lachte Fräulein Viola hell auf.

Sie kannte den jungen Mann überhaupt nicht.

Fräulein Viola hatte nach Saphirs Flöte mit den Sonnenkringeln getanzt. Plötzlich befand sie sich im Arm eines vorzüglichen Tänzers. Es ging im Takt, als habe man schon tausend Jahre miteinander getanzt.

Der Fremde befüllte dies.

Und wendete sich schon wieder an Anton mit der Anrede: „Verehrtes Onkelchen.“

„Impertinenz, Eindringling!“ rief Anton.

Seine Stimme klangt scharf. Saphir eilte herbei.

Er glaubte, der Mann mit den Hundebau wäre zurückgekehrt. Sofort nannte der Fremde auch ihn „Onkelchen“.

„Das geht zu weit“, schnarrte Anton.

Aber Fräulein Viola lachte. Ihre Anwesenheit verlangte Rücksicht — War ließ den Fremden zu Worte kommen.

Ein Wunder ist nicht von einem Augenblick zum andern aufgefahrt.

Aber schließlich verbanden sich Wunder und Wirklichkeit zu glaubwürdiger Tatsache. Der junge Mann war nicht vom Himmel gefallen. Was Fräulein Viola für möglich gehalten hatte.

Im Gegenteil. Er kam aus naher Verwandtschaft. Er hatte volles Recht, Onkelchen sagen zu können. Er war ein Sohn der zweiten Schwester.

„Nichts für ungut“, murmelte Saphir zu Anton.

Auch Güte kann sich rächen. Saphir hatte es nie unterlassen können, zu den Festtagen der Jahre Grüße, gute Wünsche und dann und wann kleine Lebenserleichterungen der Schwester zukommen zu lassen.

Aber er hatte noch mehr Glück, als er hätte hoffen können. Der junge Thomas hielt keine familienhaften Dankesreden.

Nachdem sich alles aufgeklärt, war er in den Zimmern zu Haus, als wäre er immer hier gewesen.

Der Schulmeister fiel mit einem Rud aus seinem Schlafchen in die Wirklichkeit. Gleich konnte er sich noch nicht darin zurecht finden.

Er starrte auf den jungen Mann und stammelte lächelnd, woher er komme.

Thomas stellte sich selber vor.

Der Alte nickte langsam und sagte, daß alles natürlich zugehe. Gewiß, wer hätte es anders sein können als ein Verwandter des Hauses.

Aber sein altes Knabengesicht sah traurig enttäuscht aus, wie wenn ein selbstgeschickter Pfeil, vom Bogen geschleift, im hohen Baumgeäst stecken geblieben.

Bärbel, die schon mit den Strickadeln maschinenähnlich hantierte, fragte besorgt, ob er nichts Gutes geträumt.

Fräulein Viola sagte, jetzt merke sie erst, wie hübsch eigentlich dieser Raum wäre mit dem hineinleuchtenden Frühling.

Der Gast sprach von sich. Von seinen Reifeerlebnissen, seinen Anschauungen, von seiner Kindheit. Er merkte es nicht, daß sonst niemand zu Wort kam. Es war keine Redezeit.

Viola und die Schulmeisterin sprachen sich leise zu, daß viel Jartes in seinem Wesen wäre.

„In der Jugend ist man sich selber die Welt“, erklärte die Schulmeisterin flüsternd. „Man ahnt gar nicht, daß es anders sein kann.“

Selbst seine geistlichen Schulhojen beschrieb Thomas. Weil er damals so stolz auf sie gewesen. Da doch jeder Niß, mühevoll gestopft, verriet, wie groß die Liebe und die Geschicklichkeit seiner Mutter. Daß man hinter ihm her gelacht, hatte er für Bemüderung gehalten.

Er hatte sich gewundert, daß die Mutter oft seufzend erklärte, nicht alle könnten es gut haben. Was ging das sie an? Sie hatten es doch, alle drei Kinder, großartig. Denn wo die Mutter war, war es immer schön. Und sie war immer da. Wer hatte ihm die Blumen, die Falter, die Buchstaben, den Zeigergang erklärt? Sie, immer wieder sie.

um gemäß § 4 der Ausstellungsbedingungen über die Verteilung des etwa 10 000 Mark betragenden Ueberschusses zu beraten. Es wurde dem Antrag des leitenden Ausschusses entsprechend beschlossen: 50 000 Mark dem Handwerkeratzenheim, 5000 Mark der Gewerkschaft für Bekleidung für den fachgewerblichen Unterricht, 10 000 Mark dem Gewerbehaus, 10 000 Mark für Drucklegung des Werkes „Innen- und Außenbau- und Kunsthandwerk“, 5000 Mark dem Fond für Gewerbeförderung und den verbleibenden Rest von etwa 30 000 Mark der Gewerbe- und Handelskammer für den bei ersterer zu bildenden Ausschuss zur Vorbereitung von Ausstellungen zu überweisen. Die Aussteller werden gebeten, die ihnen zugeordneten Fragebogen umgehend ausgefüllt einzuliefern. Die Tätigkeit des Ausschusses hat hiermit ihren Abschluß gefunden und ist derselbe aufgelöst.

Der Streik in der Fischindustrie ist beendet. Die Arbeit wird heute Montag wieder aufgenommen. Bericht folgt.

Die Lübecker Opferwoche teilt uns mit, daß noch Lose für die Wohltätigkeitsverlosung zu haben sind. Die Ziehung ist am 1. November.

Schwurgericht.

Wegen Mordtatsch wurde am Sonnabend unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den 24-jährigen Kaufmännischen Angestellten Hübner verhandelt. Der Vorgang hat sich am 21. Juni auf dem Travertin, wo der Angeklagte und das in Frage kommende 18 Jahre alte Mädchen beschäftigt war, abgespielt. Neben zahlreichen Zeugen waren noch drei ärztliche Sachverständige geladen. Die Verhandlungen dauerten einschließlich einer einstündigen Pause von 10 Uhr vormittags bis 9 1/2 Uhr abends. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen. Der Angeklagte wurde daher freigesprochen.

Direktor Ernst Albert veranstaltete am Sonntag im Marmorfaal wieder einen seiner sog. bunten Abende. Albert besitzt in Lübeck viele Freunde und deshalb sind seine Veranstaltungen auch meist ausverkauft. Am Sonntag wartete Albert mit einem Einakter auf, dem er „Den nordischen Gast“ betitelt und in dem lokaler Humor mit Rührigkeit vermerkt ist. Literarischen Anspruch erhebt die Geschichte aus der Nordischen Woche natürlich nicht, aber sie wurde unter Mitwirkung von Vina Krüger-Rohde und der Tochter des Autors, Helli Albert, freundlich ausgetragen. Auch in dem Scherzspiel „Petrus lernt tanzen“ kommt spezifisch Lübisches zur Geltung und in den übrigen Programmnummern fehlt es ebenfalls nicht an Humor, den Ernst Albert fast ausschließlich allein und aus Eigenem bestreitet.

Schiffsstrandung. Das Segelschiff „Emma“, von Lübeck mit Salz nach Råfö bestimmt, ist auf Oeland gestrandet. Das Schiff ist voll Wasser.

pb. Gestohlen wurde aus einem Laden in der Breiten Straße ein Motorfahrzeug, Marke „Wanderer“, mit der Fabrik-Nr. 12 852 und der Motornummer 25 091.

pb. Festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Bodz, das einem hier wohnhaften Geschwisterpaar diverse Wäsche gestohlen hatte. — Festgenommen wurde ferner ein Kutscher aus Kiel und ein Kaufmann von hier, die von der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung fleckbrieflich gesucht wurden.

Hinweis auf Versammlungen, Theater usw

Sozialdemokratischer Verein. Dienstag, den 1. November, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung des Vorstandes und des Wahlkomitees.

Achtung, S. B. D.-Metallarbeiter! Wir machen hiermit nochmals auf die heute abend 7 Uhr in den Zentralhallen stattfindende Fraktionsversammlung aufmerksam. Die außerordentliche Wichtigkeit der zur Erledigung kommenden Fragen macht es jedem Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Verbandsbuch und Mitgliedsbuch der Partei müssen vorgezeigt werden. Ohne diese kein Zutritt. Der Fraktionsvorstand.

Das 6. vollständige Konzert findet am Dienstag, dem 1. November, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus statt. Diese vom Bezirksbildungsausschuß Lübeck und dem Lübecker Sinfonie- und Stadttheater-Orchester veranstalteten Volkskonzerte erfreuen sich einer stets zunehmenden Beliebtheit, was durch den steigenden Besuch erwiesen wird. Das vorige Konzert war nahezu ausverkauft. Der morgige Dienstag bringt unter Leitung des Kapellmeisters Siesel einen Walzer- und Operettenabend. Strauß, Behar, Suppé, Fall, Millöcker u. a. stehen auf dem reichhaltigen Programm, das jedem Freund lebhafter Musik angenehmen Genuß bereiten wird.

Wochen-Spielplan des Hansatheaters. Montag 7 1/2 Uhr zu haben Kassenpreise. „Rindkönig“. Dienstag: „Der Bettler aus Dingsda“. Mittwoch: „Ihre Hoheit — die Tänzerin“. Donnerstag: Dasselbe. Freitag: „Der seltsame Wald“. Sonnabend: „Der Bettler aus Dingsda“. Sonntag nachmittags 3 Uhr: „Der Bettler aus Dingsda“.

Daß ihr Leben nicht leicht gewesen, hatte er erst spät verstanden. Doch bedauern wäre Unrecht. Lieber ein kümmerliches Leben als ein gleichgültiges. Armut wäre Gottesnam.

Hier räusperte sich Anton. Allzu ausführliche Auskunft über die pekuniären Verhältnisse seines Familienkreises hielt er nicht für angebracht.

Er fragte, womit sich der Kesse beschäftige. „Mit Träumen, Grübeln und Denken“, war die Antwort.

Anton räusperte sich wieder. Er wünschte nicht, selbst derjenige zu sein, der es fernhätte, daß sein Kesse berufslos schien. Denken mochten es alle Anwesenden. Das war nicht zu verhindern.

Es war Herr Apfel, der sich schließlich nicht enthalten konnte, nach dem Betrug des jungen Mannes zu fragen. Nur weil er auch Vater eines Sohnes. War dieser auch noch fleck. Berufe interessierten ihn.

Thomas wollte Landwirt werden. Und sollte er es auch nicht weiter bringen, als einen einzigen guttragenden Obstbaum gepflanzt zu haben. Das wäre immer noch mehr, als manches dahins rafflose Geschäftsmännchen auf leiblosem Steinpflaster zehende bräuche.

Er hatte keinen Beruf nicht theoretisch begonnen. Sondern als Kuchner. Mit dem Mathematikstudium in der Akademie war den Zeitgenossen im Hans hat er, Säuglingsgaben mementend, den Stall angeschlossen.

Saphir hätte erpöckelt zu Fräulein Biola. Auf allen ihren Bestreben machte ihr dieser Ausdruck noch nicht bei Tisch geboten werden sein. Es war bitter, daß er dazu die indirekte Veranlassung geben mußte. Denn es war sein Kesse.

Aber Fräulein Biola dachte lächelnd. Und Herr von Mars wieder lächelte lächelnd auf Fräulein Biola. Er bemerkte bei ihr das zufriedene Kinderlächeln, das sie stets gezeigt, wenn sie endlich das lang verheißene Märchen erzählt bekommen.

Was sagte Herr Apfel, was aber den jungen Herrn Landwirt zu seine Herren Dadel geführt? Warum werde er doch wohl nicht ausbauen wollen?

War auch von jedem, der einem begegnet, das Beste hoffen. Wolfgang Apfel wünschte dabei zu sein, wenn der Herr Kesse Herr Anton zu eine größere Summe anborgern würde. Zugewonnen wäre es ihm.

Thomas lächelte. Betrach hätte er selbst vergessen, warum er gekommen. Er hatte neulich, nach Freitagsabend, die einzige Uhr erstanden.

„Krochönig“; abends: „Der seltsame Wald“. Montag, 7. Novbr., 8 Uhr: Wohltätigkeits-Konzert des Lüb. Männerchors e. B. und Orchester des Beamtenvereins zugunsten der Lübecker Opferwoche.

Schlutup. Oeffentliche Wählerversammlung. Im Gasthof zur Post veranstaltete die Sozialdemokratische Partei am Sonnabend eine öffentliche Wählerversammlung, die von ungefährt 300 Frauen und Männern besucht war. Der Referent, Genosse Steinberg-Lübeck, legte in einstündigem Vortrage die Ursachen der gegenwärtigen Verhältnisse klar und betonte die Notwendigkeit des Zusammenhaltens der gesamten Arbeiterschaft, um gegen Ausbeutung, Mangel, Wohnungsmangel, Teuerung, Putsche, Krieg usw. geschützt zu sein. Die Parolen, in denen die Sozialdemokratie stark oder gar in der Mehrheit vertreten ist, leisten für die Arbeiterschaft das menschenmögliche. Zu den Neuwahlen der Lübecker Bürgerschaft müssen auch die Schlutup-Stellung nehmen. Wenn das mit dem nötigen Ernst geschieht, werden sie am 13. November ihre Stimmen nur der Sozialdemokratischen Partei geben (Wisse Gustav Ehlers). In der Diskussion nahm das Wort der Kommunist Klann. Seine Behauptungen, daß in Lübeck die Reichen überflüssige Zimmer besitzen, aus denen Wohnungen zusammengestellt werden könnten, daß im Allgemeinen Krankenhaus ein Patient mit einer Beinverletzung zum Gehen gezwungen werden sollte und der dann im Weigerungsbild durch indirekte Hilfe vermittels der Grünen Postzeit zum Gehen gebracht wurde, daß ferner die Stadt Lübeck für die Nordische Woche recht viel Geld für die Arbeitslosen aber nur wenig Geld zur Verfügung gestellt habe, diese Behauptungen müssen erst bewiesen werden. Seine sonstigen Ausführungen, die ein Geisimpie auf alle bestehenden Zustände waren, und an denen die Sozialdemokratie ein groß Teil Schuld tragen sollte, konnten vom Genossen Steinberg im Schlußwort leicht widerlegt werden. Das zusammengebrochene Rußland sei ein Beispiel dafür, daß die Kommunisten ganz verkehrte Systeme anwenden. Sie könnten wohl niederreißen, aber nicht aufbauen. Es fehlen ihnen auch die geeigneten Personen. Der Diskussionsreferent sei ein Beispiel, daß sie nicht verstehen, den richtigen Mann an die richtige Stelle zu setzen. Der Referent forderte die Versammlung auf, dafür zu sorgen, daß auch alle Wahlberechtigten sich am 13. November als Wahlpflichtige betrachten, den Volkslisten lesen und möglichst auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei werden.

Oeffentliche
Wähler-Versammlung
Heute Montag, den 31. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“.
Der frühere preussische Finanzminister,
Abgeordneter **Herm. Lüdemann**
spricht über:
Der Kampf
um den neuen Staat.
Freie Aussprache!
Gorag für einen Massenbesuch!
Sozialdemokratische Partei.

i Dänischburg. Sozialdemokratischer Verein. Am Freitag wurde beim Genossen Rottgardt eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der S. B. D. Ortsgruppe Dänischburg, abgehalten, die sehr zahlreich besucht war. Genosse Wimmer erriete den Bericht vom Bezirksrat in Lübeck. In der Ansprache wurde u. a. der Wunsch geäußert, in Zukunft Vortragsabende mit der Mitgliederversammlung zu verbinden und Referenten aus Lübeck kommen zu lassen. Die Kosten will die Ortsgruppe selber tragen. Des weiteren wurde wieder, wie in fast jeder Versammlung, über unsere schlechten Wege geklagt. Die Erbitterung in der Gruppe ist so groß, daß diese nur mit allergrößter Mühe von einem sofortigen Schultreik abgehalten war. Wenn aber die Straße nicht vor Eintritt des Winters in einigermaßen gutem Zustande gebracht wird, stehen wir für nicht ein. Auffällig ist, daß die Straße durch den Stadteil Siems bis zur Schule chauffiert ist während von der Schule bis nach Dänischburg absolut nichts getan wird. Wir richten an unsere Bürgerchaftsmitglieder das dringende Ersuchen, sich dieser Sache unermüdet anzunehmen, denn schon vor dem Kriege sind bereits 30 000 oder gar 32 000 Mark für Ausbesserung des Weges Siems-Dänischburg bereitgestellt worden. Wir erwarten, daß unverzüglich der Weg in Angriff genommen wird.

Angrenzende Gebiete.

kl. Stedelsdorf. In der Gemeindevertreter-Versammlung wurde dem Antrag, der Stedlungs-Genossenschaft 4000 Mark für 2 Doppelhäuser zu bewilligen, stattgegeben. Der Gemeindevorstand wurde 1000 Mark pro Jahr für Dienstleistung bewilligt, ebenfalls wird ein Antrag von O. von, Fadenburg, auf Erhöhung der Vergütung für die Jägerabteilung zugestimmt. Die Vergütung wird auf 100 Mk. pro Monat erhöht. Die Erhöhung der Licht- und Kraftpreise wird der Elektrizitätskommission zur Prüfung überwiesen. — Dem Antrage der Sozialdemokratischen Fraktion, die Kinder des Arbeiters S. (Fadenburg) aus der Fürsorgeanstalt in Flenzburg wieder nach hier zurückzuführen, wurde von der Behörde stattgegeben mit der Anweisung, daß die Kinder in der Gemeinde zu untergebracht werden, damit sie dem Einfluß der Mutter entzogen sind. Mit dieser Angelegenheit hat sich der Gemeinderat schon in mehreren Sitzungen beschäftigt, bis man endlich dem Drängen der Sozialdemokratischen Fraktion nachgab. Wir wollen dieses heftigste Kapitel hier nicht weiter erörtern. Die bürgerliche Gesellschaft, die sich aus den derzeitigen Zuständen in Flenzburg bilden wird in der Ravensburger Schule eine Klasse zur Verfügung gestellt. — Für die am 4. Dezember d. J. stattfindenden Landesauswahlen und Gemeindevorwahl wird in jeder Pfarrei ein Wahllokal bestimmt, so daß die Gemeinde in 4 Wahlbezirke geteilt wird und zwar in Stedelsdorf bei Gastwirt Dose, in Fadenburg bei Gastwirt Dieb-

rchen, in Groß-Steinrade bei Gastwirt B. Scheel, in Eckhoff bei Gastwirt Spehmann. Es ist somit allen Wählern Gelegenheit gegeben, ohne lange Wege zu machen, ihr Wahlrecht auszuüben. — In der Ravensburger Schule soll von der Baukommission eine Beschäftigung vorgenommen werden. Falls die Baukommission es empfiehlt, sollen in der Schule für zwei verheiratete Lehrerfamilien Wohnungen eingerichtet werden. — Den Gemeindebeamten und Lehrern wird ein Vorschlag zur Anschaffung von Feuerung und Kartoffeln bewilligt. — Auf eine Anfrage von unseren Genossen im Gemeinderat, wie es mit der Anschaffung von Kartoffeln für die Gemeinde stehe, erklärte der Gemeindevorsteher, daß bis jetzt noch keine Kartoffeln angekauft seien, trotzdem von unsern Genossen der Verkauf von Kartoffeln schon mehrfach angeregt ist. Die bürgerlichen Vertreter wollen den Einkauf von Kartoffeln dem Konsumverein überlassen. Was fragen diese Herren danach, ob die Arbeiter etwas zu leben haben oder nicht. Das ist ihnen ganz gleichgültig; sie haben ihre Vorkasse gefüllt; es fehlt an nichts. Bei dem Arbeiter ist es ja nur Bequemlichkeit, wenn er nichts im Keller hat. Der ist das Hungern schon gewohnt. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt am Wahltage daran, was ihr von der bürgerlichen Gesellschaft zu erwarten habt, laßt dafür am 4. Dezember, daß Rot Trumpf ist und daß die alte rote Wacht am Landgraben erhalten bleibt. Gebt der bürgerlichen Gesellschaft die richtige Quittung durch den Wahlschettel, und stimmt für die sozialdemokratische Liste.

utin. Die Seen-Verpachtung in der Provinz. Im Schäffenjaal des Amtsgerichts wurden von der Regierung folgende Seen öffentlich meistbietend auf 3 Jahre verpachtet: Kleiner Eutinener See, groß 41 Hektar, Höchstbietender Kleemann-Hadersleben mit 6000 Mk.; Kellerssee, groß 560 Hektar, Höchstbietender Wilhelm-Nieder-Cleweck mit 46 000 Mk.; Ulfsee, groß 35 Hektar, Höchstbietender Holzbach-Ulf mit 4100 Mk.; Lebersee, groß 18 Hektar, Höchstbietender J. Schüller-Eutin mit 2500 Mk.; Kuchelersee, groß 9 Hektar, Höchstbietender J. Brühns-Sibbersdorf mit 2600 Mk.; Krummensee, groß 12 Hektar, Höchstbietender F. Greblien-Brühnsfoppel mit 5100 Mk.; Neukirchenersee, groß 12 Hektar, Höchstbietender W. Kohn-Kellenhufen mit 1400 Mk.; Subrogsee, groß 1,8 Hektar, Höchstbietender Burmeister-Wültenfelde mit 250 Mk.; Barlssee, groß 1,5 Hektar, Höchstbietender Knugen-Malente mit 100 Mk.; Kuhmersee bei Malente, Höchstbietender Greblien-Brühnsfoppel mit 80 Mk.; Thilsee, groß 2 Hektar, Höchstbietender Dettmann-Sielbeck mit 80 Mk.; Schönauersee, groß 7,3 Hektar, Höchstbietender Frau Kommerzienrat Renner-Riebhörn mit 2200 Mk.; Lentsee, groß 4,4 Hektar, Höchstbietender Wagner-Nieder-Cleweck mit 1000 Mk.; Wennee bei Scharbeutz, groß 7,4 Hektar, Höchstbietender Schramm-Scharbeutz mit 610 Mk. Die Regierung behält sich vor, einem der drei Höchstbietenden den Zuschlag zu erteilen.

Hamburg. 370 Millionen Fehlbetrag. Die Einnahmen des Rechnungsjahres 1919 stellen sich nach wiederholter Abrechnung auf 660 412 368,57 Mk., die Ausgaben auf 1 030 844 783 Mark, so daß ein Fehlbetrag von 370 432 414,43 Mk. verbleibt, der auf Anleihe zu übernehmen sein wird. — Ueber 30 000 Käter in Hamburg. Der Senat hat beantragt, die Hundesteuer wesentlich zu erhöhen. Die Bürgerchaft hat diesem Antrage zugestimmt. Begründet wurde der Antrag mit der wesentlichen Zunahme der Hunde, die zu einer Hundepflage geführt hat. Der mit der Erhöhung der Steuer beabsichtigte Erfolg ist nicht eingetreten. Gegenüber 19 559 Hunden im Jahre 1920 sind im Jahre 1921 allein im Stadtgebiet 30 182 Hunde bei der Polizeibehörde angemeldet worden. Der Senat schlägt vor, die Hundesteuer im Stadtgebiet für einen Hund von 75 Mk. auf 200 Mk. und für jeden weiteren Hund von 100 Mk. auf 300 Mk. zu erhöhen. Für das Landgebiet wird eine Erhöhung der Steuer für einen Hund von 12 Mk. auf 25 Mark und für jeden weiteren Hund von 24 Mk. auf 50 Mk. vorgeschlagen. Die Steuer für Zug- und Waghunde soll von 3 Mk. auf 20 Mk. erhöht werden.

Hamburg. Millionen-Güterraub. Vor dem Landgericht Hamburg fand gegen 22 Angeklagte eine Verhandlung wegen bandenmäßigen Diebstahls, hehlerischer Begünstigung, Unterschlagung, einfacher und gewerbsmäßiger Hehleret statt. Im Jahre 1920 nahmen die Verabungen von Ausfuhrgut, das über Hamburg ging, einen noch erheblicheren Umfang als bisher an. Auf dem Transport von der Eisenbahn nach dem Schiff oder zwischen verschiedenen Einlagerungsstellen wurde der Ristinhalt ganz oder teilweise herausgenommen und das Gewicht mit Urat wieder hergestellt. Durch dieses Verfahren wurden Millionenwerte gestohlen. Unter Einbeziehung früherer Strafen erhielten die Haupttäter 3 1/2 resp. 4 Jahre Gefängnis, andere wurden von 2 Monaten bis zu 1 1/2 Jahren verurteilt. Einige erhielten Geldstrafen von 50 resp. 600 Mk. und 1 Tag Gefängnis, einige wurden freigesprochen.

Lauenburg. Zeitungsverbot. Auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern wurde die „Lauenburger Zeitung“ wegen eines am 11. Oktober veröffentlichten Artikels „Die Republik in Gefahr“ auf eine Woche verboten.

Hendburg. Braunkohlenfund. Bei der Bohrung nach Wasser stieß man auf den Ränderen des Landwirts Zimmer, Nienjahn bei Hohenwehde, in einer Tiefe von 4 1/2 Meter auf Braunkohle. Ein Konsortium hat es übernommen, durch weitere Bohrungen festzustellen, ob sich ein Abbau der Braunkohle lohnt.

Schwerin. Kartoffelpreise. Die Kartoffel-Preis-Notierungskommission in Schwerin setzte am 28. Oktober folgende Preiserzeugnisse fest: weißfleischige und weißschalige Sorten 70 M je Zentner, rotfleischige Sorten 68 M je Zentner ab mecklenburgischen Verladeplätzen. — Südlicher Unglücksfall beim Fußballspiel. Der Kaufmann Friedrich Wahls aus Warthim erhielt beim Fußballspiel in Schwerin einen schweren Tritt vor die Brust. Eine Rippe drang in die Lunge. An dieser Verletzung starb der junge Mann im Krankenhaus.

Aus der Partei.

Ein fünfzigjähriger Jubilar.

Am 28. Oktober vollendete das älteste unserer seit ihrer Gründung ununterbrochen erscheinenden Parteiblätter, die „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg, das fünfzigste Jahr ihres Bestehens. Im Jahre 1869 — nach Errichtung der Eisenacher Partei — beschloß eine Gruppe interessierter Genossen die Gründung eines eigenen Organs. Der Plan wurde jedoch durch den Krieg 1870/71 unterbrochen und drohte auch nachher infolge Mangels an Mitteln zu scheitern. Da kam Hilfe von anderer Seite. Im benachbarten Fürth war eine Gruppe radikaler Demokraten Jakobsohner Richtung, die zur Befämpfung der Reaktion ein eigenes Blatt gründen wollten und sich bereit erklärten, dieses Blatt auch unseren Genossen zur Vertretung ihrer Grundansätze zur Verfügung zu stellen. Zu den ersten Redakteuren gehörte Genosse Wilhelm Blos. Im Jahre 1872, nach dem Wabtritt Johann Jakobsohner zur Sozialdemokratie wurde das neue Blatt offizielles Organ unserer Partei. Seitdem ging es unabhängig aufwärts. Im Jahre 1874 wurde eine Genossenschaft gegründet und die Druckerei erweitert. Der Titel der Zeitung wurde abgeändert in „Demokratisches Wochenblatt“, nach einem halben Jahre in „Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat“. Nach weiteren drei Jahren konnte unser Brudersblatt bereits täglich erscheinen. Dann kam das Sozialistengesetz mit seinen „Segnungen“. Der Nürnberg-Fürther Sozialdemokrat wandelte sich in die „Fränkische Tagespost“ und überdauerte durch geschickte Redaktion das Sozialistengesetz. In diesen schweren Jahren leistete die Zeitung der sozialistischen Sache durch Geheimvertrieb von Flugblättern, Broschüren usw. große Dienste und war infolge dessen

Sport.

Resultate der Fußballwettkämpfe am 30. Oktober 1921.

- Rückzug I — Marli I 2 : 4.
- Rückzug II — Marli III 0 : 0.
- Schlutup I — M. T. B. II 2 : 2.
- Schlutup II — M. T. B. VI 7 : 1.
- Vorwärts II — Desloer I 5 : 0.
- Vorwärts III — Gulin I 0 : 5.
- Vorwärts IV — Marli IV 0 : 7.
- Vorwärts I — Viktoria I 1 : 2.
- M. T. B. I — Rothenburg I 0 : 0.

Schülerspiele:

- Rückzug I — Marli I 1 : 0.
- Rückzug II — Marli II 5 : 0.
- Moißling I — Seereg I 5 : 0.
- M. T. B. I — Viktoria I 1 : 1.

Norddeutsche Spielvereinigung, Gruppe Lübeck, Arbeiter-Turn- und Sportbund, W. R.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Vom Schweinefleisch!

Zu dem Eingeklandt vom Donnerstag möchte ich, da mein Name auch mit R. anfängt, erklären, daß ich der Artikelschreiber nicht bin. Bedauerlicherweise gibt es irreführende Menschen, die jede Gelegenheit ergreifen, gegen meine Person als Gewerkschafts-angestellter einen Verleumdungsflug zu eröffnen, ausgehend von dem Grundsatz: Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen. Zur Sache selbst bemerke ich, daß unter der Federführung auch schließlich die Kopfschlächtergehilfen zu leiden haben und ihnen auch eine Lohnerhöhung zuzufinden muß wie jedem anderen Arbeiter, Beamten und Angestellten. Es darf nicht vergessen werden, daß das Kopfschlachten eine Gelegenheitsarbeit ist und diese immer etwas höher bewertet werden muß. Fuhrlohn, Schlachthofgehilfen mußter vor dem Kriege auch bezahlt werden, ebenso mußte die Arbeit vermehrt werden. Der Schlachthof vor dem Kriege betrug etwa 2,50—3,00 Mt. Weiter darf nicht vergessen werden, daß das Schlachten eines Privat Schweines immer mehr Arbeit erfordert als für die sonstigen aufgewendet wird. Zu verurteilen aber ist ganz entschieden die Lohnbewegung der Kopfschlächter über die Organisation hinweg. Wäre dies nicht geschehen, so hätten sich die Preise für Privatschlachtungen sicherlich anders regeln lassen. Empfohlen kann ich den kleinen Tierbesitzern nur, sich reiflich und fester den Schweinegehilfen anzuschließen. Es würde dies ein Weg sein, auf dem ein Zusammenarbeiten mit uns ermöglicht wäre; die Preise für Schlachten, Zeit des Schlachtens, Fuhrlohn usw. könnte dann besser organisatorisch zusammengefaßt werden. Versuchen die kleinen Tierbesitzer nicht — in der Mehrzahl Arbeiter, Beamte und Angestellte — auf diesem Wege vorwärts zu schreiten, so werden sie immer mit eigenartigen Zufällen auf dem Schlachthof zu rechnen haben.

Gust Kypf,

Bezirksleiter des Zentralverbandes der Fleischer.

Regelmäßige

Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lübecker Handelskammer.)

I. Nach Dänemark und West-Schweden.

Kopenhagen, Malmö, Landakrona, Helsingborg, Galmstadt, Warberg und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der Ostsee-Linie „Svanen“, „Wesifiken“, „Najaden“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Länan“, „Nissan“, „Hallen“ und „Ludwig Kollberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Länan“ am 1. November, Dampfer „Svanen“ am 4. November. Vertreter: Lüders & Stange, Untertrave 17. Schiffsmeister: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Kopenhagen. Jeden Mittwoch beim Donnerstag ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „von Schill“ am 2. Nov. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Große Allee 6.

II. Nach Süd-Schweden.

Stockholm eventl. auch Kalmar, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Attebolaget „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Gauthiod“ am 4. Nov. nach Kalmar und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Lüders & Stange, Untertrave 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Skandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Pauline Haubug“ am 10. November. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Allee 6.

III. Nach Süd- und West-Norwegen.

Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Søndensfeld-Norske Dampfskibsselskab“ sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Martha“ labereit am 7. November. Vertreter: Rob. W. Stomann jr., Allee 38.

Christiania, Eken und Drammen alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Feldinsen“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Dora“, am 2. November nach Christiania und Borzgrund. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrave 9.

Stavanger, Bergen, Dronheim eventl. Haugesund, Alesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Ein Extra-Dampfer etwa am 5. November. Vertreter: Lloyd-Transport-Compagnie, Hafenstraße 8.

IV. Nach Finnland.

Helsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der „Finsta Angartgas-Attebolaget“ in Helsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Regit“ am 1. November, Dampfer „Mira“ am 5. Nov. Anmeldung von Passagieren bei Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Bedergrube 89.

Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Wiborg“ am 3. November.

Nach Waja, Gama Karleby und Neaborg monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Fren“ am 8. November. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutscho-Finnländische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrave 43.

Helsingfors. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Peter Wilstermann“ am 9. November.

Abo. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Peter Wilstermann“ am 9. November. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrave 12/13.

Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der Angartgas-Attebolaget „Bore“ in Abo. Nächste Expedition: Dampfer „P. Thordöf“ am 5. November. Personen- und Frachtverkehr: Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Bedergrube 89.

V. Nach Lettland und Estland.

Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rußland“ etwa am 5. November. Vertreter: G. S. Bertling, Gr. Allee 23.

Riga und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rußland“ etwa am 5. November, Dampfer „Elbe“ etwa 10. November (nur nach Reval). Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hanseatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Allee 21.

VI. Nach deutschen Ostseehäfen.

Burg und Ortha. F. sowie Kiel. Alle 8 Tage Montags Dampfer „Fehmarn“. Personen- und Frachtbeförderung. Vertreter: Tägt & Seemann, Schüsselbuden 15.

Wismar, Rostock, Stettin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Joppen-Linie“, bei Bedarf Extra-Dampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Bedergrube 52.

Rönigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrave 84.

Rönigsberg etwa alle 14 Tage. Nächste Expedition: ca. 15. Oktober. Vertreter: F. S. Bertling, Gr. Allee 23.

Silbampferverbindung Lübeck—Ragdeburg.

Expeditionen finden statt soweit die Wasserverhältnisse auf der Elbe es gestatten. Nähere Auskunft durch die Ragdeburg-Lübecker Silbampfer-Gesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. S. Bertling, Gr. Allee 23.

Nach Lauenburg a. S. und Hamburg.

Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Güterannahme ununterbrochen durch Lüders & Stange, Abteilung Flugschiffahrt, Kanalstr. 11/19.

Schnellverkehr Lübeck—Hamburg mit Motorschuten.

Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluß an den täglichen Silbampferverkehr aufwärts. — Gütermeldungen bei Carl Steber, Gr. Allee 16.

Neue Bücher.

Die Uhrenstadt Glashütte. Die Stadtverwaltung Glashütte hatte eine städtische Kriegsindustriezentrale geschaffen, die in die Friedenswirtschaft übernommen worden ist und ein Institut zur Förderung des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts darstellt, das die besondere Aufmerksamkeit aller Arbeitnehmer in Anspruch nehmen sollte. Nr. 17, die Oktobernummer der „Betriebsrätezeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bringt einen sehr interessanten Aufsatz über Glashütte. Auch dieses Heft enthält verschiedene Beiträge zur Erforschung des Problems einer planwirtschaftlichen Wirtschaftsführung. Von allen Seiten her muß gründlich geprüft werden, wie die Umstellung unserer Wirtschaft zu höherer Produktivität praktisch möglich gemacht werden kann. Allgemeine Verfassungen und spekulative Konstruktionen machen es nicht. Daß ein bürokratisches System nicht die besten Kräfte zu höchsten Leistungen auszubilden vermag, hat Sowjetrußland überzeugend bewiesen. Besondere Beachtung verdient der Beitrag: „Ist die Arbeiterbedingung noch möglich?“ Hier wird ein zeichnerischer Entwurf vorgelegt, der ein ganz billiges Siedlerhaus zeigt und anregend wirken soll. Keiner Inhalt wird wiederum geboten. Das Postabonnement kostet nur 3 Mark vierteljährlich. In Berlin werden Einzelhefte in den Zeitungskiosken und Buchhandlungen verkauft.

Soziale Fragen im Urchristentum. Von Professor Dr. Ernst Lohmeyer. 136 Seiten. (Wissenschaft und Bildung Band 172). Preis gebunden 9 Mt. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1921. Das öffentliche Leben unserer jüngsten Vergangenheit und Gegenwart birgt in Kultur und Religion, in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Politik mannigfache Strömungen und Bewegungen, die in ihrer Art und Richtung den vielversprechenden Bewegungen der römisch-hellenistischen Zeit gleichen. Darin liegt der außerordentliche Reiz dieses trotz aller Gemeinverträglichkeit tief schürfenden Buches. Es ist nichts weniger als eine Soziologie der antiken Welt, die der Verfasser vor uns ausbreitet. Wir lernen zunächst die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der griechischen Stadtstaaten im Mittelalter kennen und verfolgen sodann ihre Entwicklung in den hellenistischen Reichen. Die Unterwerfung durch das Römertum bringt neue Wandlungen, die am eigenartigsten im jüdischen Lande in Erscheinung treten. Durchgängig zeigt sich ein Abwenden der Menschheit vom staatlichen Leben, eine Zerlegung der Familie, ein wachsender Gegensatz von reich und arm. Das ist der Boden, auf den die Lehre Christi und Paulus Wirken fällt, auf dem die ersten Gemeinden entstehen in ihrer eigenartigen Ausprägung, die erste ihre Erde findet, als das Christentum als Sieger mit dem Staate neue Verbindungen eingeht.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Arbeiterchaft	Gaswerk I	210.—
	Gen.-Bäckerei	156.—
	Moißlinger Rangierbahnhof	81.—
	Niendorf i. Lübschen	116.—
	Lüb. Maschinenbau-Gesellsch.	188.—
	Heizungsbranche	37.—
	Gwers & Wiegner	180.—
	der Firma Emil Meier	180.—
Austrägerinnen des Lüb. Volksboten		47.—
F. S.		50.—
Von einer lustigen Hochzeitsgesellschaft Dänischburg		67.—

Das Parteisekretariat.

Druckfachen

jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“, Johannisstr. 46.

Das Radon von Strubben in den Beständen des Faltenscheiters-Forsiedersohne vorherige Anweisung durch den Holzvogt Halemann ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach dem Feld- und Forstpolizeigesetz bestraft. (8437)

Die Forstverwaltung.

Für erwiesene Aufmerksamkeit zu unserer silbernen Hochzeit allen Verwandten u. Bekannten sowie den Kollegen der L. W. G. unsern herzlichsten Dank. Carl Bollmann u. Frau (8444) geb. Schwarz.

Heute abend starb plötzlich und unerwartet nach einem arbeitsreichen Leben im 79. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwiegervater, Groß- u. Urgroßvater August Schnoor. Tiefbetrauert v. seinen Angehörigen. Jüttenburg, den 29. Okt. 1921. Die Trauerfeier findet am Mittwoch nachmittags 4 Uhr in der Kapelle in Stokkelsdorf statt. (8442)

F. Frau sucht sofort Beschäftigung von 2—7 Uhr nachm. Ang. mit R. St. a. G. (8433)

Ein weiterer Zeitungsverkäufer bei hohen Verdienst zu sofort gesucht. Lübecker Volksbot, Johannisstraße 46.

Am Sonnabend morgen entschließ sanft nach kurzer schwerer Krankheit meine liebe, unversehrliche Frau Maria Stricker geb. Klein. Tief betrauert und schmerzlich vermisst.

Asmas Stricker nebst Kindern Entflossenen u. allen Verwandten. Beerdigung am Dienstag, dem 1. Novbr., mittags 12 Uhr, vom Trauerhause. (8430) Seereg. 31. 10. 21.

Sonntag früh 10 Uhr entschließ nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser verehrtester Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Straßenbahn-Schaffner Friedrich Wienholz im voll. 44. Lebensjahre. In tiefer Trauer Wilhelm Wienholz geb. Jid u. Kinder. Lübeck, 30. Okt. 1921. Carlshof, Hofweg 12. Trauerfeier Mittwoch nachmittags 2 1/2 Uhr in der Kapelle des Bornwerter Friedhofes.

2 neue Anlegematratzen billig zu verkaufen. (8443) Weiskinger Allee 16a, part.

Sozialdemokr. Verein. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Genosse J. Kreidenberg verstorben ist. Die Beerdigung ist bereits erfolgt. (8441) Der Vorstand.

Zentral-Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter. Zahlstelle Lübeck. Am 27. Oktober verstarb unser Kollege, der Mühlenarbeiter Johannes Kreidenberg. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. (8445)

Zu verk. e. Konfirm.-Kleid. (8429) Hüfstraße 85, III. Eine gutmanf. schm. Rahe u. Hängel zu verk. (8428) Fildergarbe 77 II, z. Fettel und Zinguer zu verkaufen. (8429) Lab. Seeverstr. 26. Zu kauf. gel. 1 Kommode u. Zeejör. Schwarz. Allee 77, I. (8429)



Das Interesse für blanke Stiefel haben alle. Zu erzielen sind solche leicht und schnell nur mit Lavalin der reinen Terpenfindecreme wie 1914. Überall zu haben. Chem. Fabrik Gebr. Meyer Hannover-Ricklingen. Vertreter: Emil Scheel, Lübeck, Telephon 798. Moltkestraße 1. (8419)

Der Neue-Welt-Kalender für 1922 ist erschienen und zum Preise von 3 Mt. zu haben in der Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. („Lübecker Volksbot“), Johannisstr.

Ganz neu eingetroffen!

Der heitere Freidolin! Halbmontatsschrift für Sport, Spiel, Spaß und Abenteuer. Ein überaus lustiges Buch für die Jugend aller Jahrgänge. Buntfarbig reich illustriert auf vierundzwanzig Seiten. Preis 100 Pfennig. Buchhandlung FRIEDR. MEYER & CO. Lübeck, Johannisstraße 46.

Beitragsmarken für Vereine, Gewerkschaften fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung. Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannisstraße 46.